

**Sonderbeilage zu „Wirtschaft und Statistik“,
herausgegeben vom Statistischen Reichsamt,
9. Jahrg., 1929, Nr. 16.**

**Der Personalstand der öffentlichen Verwaltung
im Deutschen Reich am 31. März 1927.**

I. Teil.

**Personalstand der Hoheitsverwaltungen des Reichs
und der Länder.**

Der Personalstand der öffentlichen Verwaltung im Deutschen Reich am 31. März 1927.

(Ergebnisse der Reichsfinanzstatistik.)

Vorbemerkungen.

Auf Grund der Verordnung über Finanzstatistik vom 25. Juli 1927 (RGBl. 1927 I, S. 245) wurde eine Erhebung des Personalstandes der öffentlichen Verwaltung nach Verwaltungszweigen und Besoldungsgruppen durchgeführt. Die Erhebung erfaßte die Hoheitsverwaltungen des Reiches und der Länder und die Kammereiverwaltungen der Gemeinden mit mehr als 2 000 Einwohnern und der Gemeindeverbände. Auf eine Erhebung des Personalstandes der Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern, deren Verwaltung — abgesehen vom Schulwesen — meist nur ehrenamtlich oder im Nebenberuf durchgeführt wird, wurde verzichtet.

Die Erhebungsbogen (Anlagebogen 2 zu den Mustern A, B I und B II der Reichsfinanzstatistik für 1926/27)¹⁾ erfragen für den 31. März als Stichtag die Zahl der planmäßigen und außerplanmäßigen Beamten, der Beamtenanwärter sowie der Angestellten für dauernde Verwaltungszwecke in weitgehender Ausgliederung nach Besoldungs- (Vergütungs-) gruppen und nach Verwaltungszweigen. Die Aufteilung auf Verwaltungszweige erfolgte im wesentlichen entsprechend der für die öffentlichen Ausgaben durchgeführten Gliederung in den Haupteinhebungsbogen der Reichsfinanzstatistik. Mit Rücksicht auf die verschiedenartige Gliederung der Zentralbehörden in den einzelnen Ländern konnte eine Aufteilung des Personalstandes der Ministerien des Innern, der Landwirtschaft, des Handels und Gewerbes, des Verkehrs, der sozialen Maßnahmen und des Gesundheitswesens nicht durchgeführt werden. Beamte und Angestellte, die in mehreren Verwaltungszweigen beschäftigt wurden, waren von den berichtenden Körperschaften bei dem Verwaltungszweig nachzuweisen, für den sie vorwiegend tätig waren.

Der Aufgliederung nach Besoldungsgruppen wurden für die Beamten die Gruppen des Reichsbesoldungsgesetzes vom 30. April 1920 (RGBl. 1920, S. 805) zugrundegelegt. Nach den Bestimmungen des Gesetzes zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung (Besoldungssperrengesetz) vom 21. Dezember 1920 (RGBl. 1920, S. 2117) waren die Länder und die Gemeinden (Gemeindeverbände) verpflichtet, die Besoldung ihrer Beamten nicht günstiger zu regeln als die der gleichzuwertenden Reichsbeamten. Die Besoldungsordnungen, die am Stichtage der Personalstanderhebung in Kraft waren, sind meist während der Geltung des Besoldungssperrengesetzes (1. April 1920 bis 31. März 1926) erlassen worden; sie regelten im allgemeinen die Besoldung nach der Reichsbesoldungsordnung. Beamte und Angestellte, die nicht nach den Gruppen des Reichsbesoldungsgesetzes besoldet wurden, waren von den berichtenden Körperschaften bei den Gruppen aufzuführen, denen ihre Besoldung entsprach. Die Reichsbesoldungsordnung vom 30. April 1920 unterschied aufsteigende Gehälter, deren Grundgehaltsätze sich mit steigendem Dienstalter des Beamten erhöhen, und feste Einzelgehälter. Die aufsteigenden Gehälter umfaßten die Gruppen A I bis A XIII, die Einzelgehälter die Gruppen B I bis B 7. Nach den Gruppen A I bis A III der aufsteigenden Ge-

hälter wurden vorwiegend Beamte im Botendienst und im einfachen technischen Dienst besoldet, nach den Gruppen A IV bis A VI Beamte im einfachen Bürodienst, nach den Gruppen A VII bis A IX Beamte im schwierigeren Bürodienst und Lehrpersonen an Volks-, Fortbildungs- und Mittelschulen, nach den Gruppen A X bis A XIII Beamte im höheren Dienst und Lehrpersonen an höheren Schulen. Einzelgehälter erhielten u. a. Minister, Ministerialdirektoren und Präsidenten, Bürgermeister größerer Gemeinden.

Die folgende Übersicht unterrichtet über die für die einzelnen Gruppen der Reichsbesoldungsordnung für Beamte festgelegten jährlichen Grundgehälter²⁾.

Aufsteigende Gehälter						Einzelgehälter	
Besoldungsgruppe	Grundgehälter in RM		Besoldungsgruppe	Grundgehälter in RM		Besoldungsgruppe	Grundgehälter in RM
	Anfangsgehalt	Endgehalt		Anfangsgehalt	Endgehalt		
A I.....	906	1 308	A VIII..	2 640	3 960	B 1.....	11 550
A II.....	984	1 434	A IX....	3 102	4 554	B 2.....	13 200
A III.....	1 080	1 554	A X....	3 960	5 940	B 3.....	14 850
A IV.....	1 242	1 770	A XI....	4 620	6 930	B 4.....	15 840
A V.....	1 458	2 052	A XII....	5 346	7 920	B 5.....	19 800
A VI.....	1 794	2 676	A XIII..	6 930	10 560	B 6.....	29 700
A VII.....	2 310	3 432				B 7.....	33 000

Neben der Zahl der Beamten und Angestellten der Hoheits- und Kammereiverwaltungen erfragt der Erhebungsbogen die Zahl der in den einzelnen Verwaltungszweigen ehrenamtlich oder nebenberuflich tätigen Personen, die Zahl der Arbeiter für dauernde Verwaltungszwecke und die Zahl der Versorgungsberechtigten. Schwierigkeiten ergaben sich bei der Angabe des Personalstandes von Gemeinden und Gemeindeverbänden aus der ganz oder teilweise durchgeführten Verwaltungsgemeinschaft zwischen kleineren Gemeinden und zwischen den Ämtern (Bürgermeistereien) in Rheinland und Westfalen und einzelnen oder mehreren zugehörigen Gemeinden. Auch waren die Gemeinden zum Teil über die Zahl der Versorgungsberechtigten nicht genau unterrichtet, da vor allem Lehrpersonen und deren Hinterbliebene ihre Versorgungsgebühren häufig nicht von der Gemeinde, sondern von Landesschulkassen oder etwaigen zwischengemeindlichen Einrichtungen erhielten. Angaben über die Zahl der Arbeiter für dauernde Verwaltungszwecke wurden von einigen kleineren Gemeinden nicht gemacht.

Die Ergebnisse der Personalstanderhebung gelangen in dieser Zeitschrift fortlaufend zur Veröffentlichung, zunächst für das Reich, die Länder und die Hansestädte, sodann für die Gemeinden und Gemeindeverbände; abschließend folgt ein zusammenfassender Überblick über den Personalstand von Reich, Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden).

¹⁾ RGBl. 1927 I, S. 252/253, S. 266 u. S. 275.

²⁾ Vgl. Reichsbesoldungsblatt (RBB.) 1924, S. 355.

I. Teil.

Personalstand der Hoheitsverwaltungen des Reichs und der Länder.

Reichsverwaltung, Landesverwaltung und gemeindliche Selbstverwaltung erhalten ihr unterschiedliches Gepräge durch die Verschiedenheit der öffentlichen Aufgaben, deren Erfüllung den drei Arten von Gebietskörperschaften in ausschließlicher oder konkurrierender Tätigkeit überlassen ist. Die Aufteilung der Aufgabengebiete zwischen dem Reiche einerseits, den einzelnen Ländern und ihren Gemeinden (Gemeindeverbänden) andererseits ist, von geringfügigen Ausnahmen abgesehen, einheitlich geregelt. Dagegen weicht die Aufgabenteilung zwischen Land und Gemeinden (Gemeindeverbänden) in den einzelnen Ländern stark voneinander ab, und die Aufgaben, die den einzelnen Landesverwaltungen zufallen, sind aus diesem Grunde in Art und Umfang verschieden¹⁾. Umfang und Gliederung des Personalstandes der Landesverwaltungen können daher nicht gleichmäßig und nicht unmittelbar vergleichbar sein. Dazu sind Abweichungen in den geographischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der einzelnen Länder zu berücksichtigen, die die Organisation der Landesverwaltungen beeinflussen²⁾. Außerdem wird die Höhe des Personalstandes auch beeinflusst durch bestehende »Verwaltungsgemeinschaften«³⁾ zwischen Reich und Ländern sowie zwischen Ländern untereinander. Bei Verwaltungsgemeinschaften zwischen Reich und Ländern ist der Personalstand der in Frage kommenden Behörden bei der Gebietskörperschaft nachgewiesen, der die Behörde angehört. Bei Verwaltungsgemeinschaften der Länder untereinander ist der Personalstand der Behörden, die für mehrere Länder gemeinsam tätig sind, im allgemeinen bei dem Lande gezählt, in dessen Gebiet sich der Sitz der Behörde befindet. So sind z. B. die Beamten und Angestellten des für Preußen, Lippe und Schaumburg-Lippe gemeinsamen Oberlandesgerichts in Celle bei der preußischen Justizverwaltung nach-

gewiesen, die Beamten und Angestellten des für Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz gemeinsamen Oberlandesgerichts Rostock bei Mecklenburg-Schwerin.

Von der Zahl der Beamten und Angestellten und ihrer Besoldungsgruppierung innerhalb eines Verwaltungszweiges kann nicht ohne weiteres auf die Höhe der öffentlichen Ausgaben für diesen Verwaltungszweig geschlossen werden. Der Anteil der Beamten und Angestellten eines Verwaltungszweigs an der Gesamtzahl der Beamten und Angestellten läßt auch keinen Schluß auf die Bedeutung des Verwaltungszweigs im Rahmen der Gesamtausgaben zu. Die Anteile des persönlichen und des sächlichen Aufwandes an der Erfüllung der einzelnen öffentlichen Aufgaben sind so verschieden, daß ein Aufgabengebiet, dessen Personalstand innerhalb des Gesamtpersonalstandes stark ins Gewicht fällt, für den Finanz- und Zuschußbedarf des Verwaltungsträgers vielleicht nur eine geringe Rolle spielt.

Aber auch für die Belastung eines Verwaltungsträgers durch Personalkosten dürfen die Zahl der für diesen Verwaltungsträger Beschäftigten und ihre Vergütungen nicht allein als maßgebend angesehen werden. Durch die Lastenverteilung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) kann eine Gebietskörperschaft durch die Leistung von Zuschüssen an den Kosten der Besoldung der Beamten und Angestellten einer anderen Gebietskörperschaft beteiligt sein. Dies trifft z. B. für die Schutzpolizei der Länder zu, deren Kosten zum erheblichen Teil vom Reich getragen werden. Auch im Unterrichtswesen, einem der wichtigsten Aufgabengebiete der Landesverwaltungen, ist die Lastenverteilung zwischen Land und Gemeinden (Gemeindeverbänden) von besonderer Bedeutung. In einigen Ländern, z. B. in Oldenburg, wird der Besoldungsaufwand für die Lehrpersonen an Volksschulen von den Gemeinden mit Zuschüssen des Landes getragen, in anderen Ländern, z. B. in Sachsen, Thüringen, von den Ländern mit Zuschüssen der Gemeinden.

¹⁾ Vgl. Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs Nr. 6 »Verwaltungs- und Steuerbau, Lastenverteilung und Lastenverteilung im Deutschen Reich«, Berlin 1929. — ²⁾ Vgl. »W. u. St.«, 9. Jg. 1929, Nr. 1, Sonderbeilage, S. 2. — ³⁾ Vgl. »Verfassungsausschuß der Länderkonferenz, Beratungsunterlagen 1928«, Berlin 1929, S. 70 ff.

1. Die Beamten und Angestellten bei den Hoheitsverwaltungen des Reichs.

Die Zahl der Beamten und Angestellten bei den Hoheitsverwaltungen des Reichs wurde der Reichstagsdrucksache Nr. 3503 (III. Wahlperiode 1924/1927) entnommen, die den Personalstand des Reichs für den 1. April 1927 angibt¹⁾. Nicht mit einbezogen ist das Personal des Gesetzsammlungsamtes, des Reichsmonopolamts für Branntwein und der Neckarbauverwaltung zu Lasten der Neckar A. G., die, wie Reichspost und Reichsdruckerei, zu den Betrieben gerechnet werden. Die Zahl der Militärpersonen ist dem Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1927 entnommen. Die folgende Aufstellung unterrichtet darüber, welche Behörden zu den in Übersicht 1 angegebenen verschiedenen Verwaltungszweigen zusammengefaßt wurden. Die Behörden werden hier nur aufgeführt, soweit sie in Übersicht 1 nicht schon einzeln genannt sind.

Zu I 1 Oberste Reichsorgane und auswärtige Angelegenheiten:

Reichspräsident (einschl. Büro)
Reichstag
Vorläufiger Reichswirtschaftsrat
Reichskanzlei (einschl. Vertretung in München)
Reichszentrale für Heimatdienst
Auswärtiges Amt einschl. Pressestelle
Gesandtschaften usw.
Reichsstelle für Nachlässe und Nachforschungen im Ausland

Zu I 3 Innere Verwaltung:

Statistisches Reichsamt
Reichspatentamt
Reichsamt für Landesaufnahme
Reichsstelle für das Auswanderungswesen
Reichskommission für Überwachung des Auswanderungswesens
Filmprüfstellen

Zu II 1 Polizei:

Reichskommissar für öffentliche Ordnung
Reichswasserschutz

Zu III Kunst und Wissenschaft:

Reichsarchiv
Physikalisch-technische Reichsanstalt
Chemisch-technische Reichsanstalt
Biologische Reichsanstalt
Reichsanstalt für Erdbenenforschung
Monumenta Germaniae Historica
Reichskunstwart
Walter-Rathenau-Stiftung

Zu IV Wohlfahrtswesen:

Reichsversicherungsamt
Bundesamt für Heimatwesen
Reichsgesundheitsamt
Kommissar für die freiwillige Krankenpflege
Reichsarbeitsverwaltung

Zu V 1 Landwirtschaft, Handel, Industrie und Gewerbe:

Reichswirtschaftsgericht
Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung

Zu V 2 Verkehrswesen:

Angestellte des Reichs bei den geschäftsführenden Mittel- und Unterbehörden der Wasserstraßenverwaltung der Länder
Ems-Jade-Kanal
Neckar-Bauverwaltung zu Lasten des Reichs
Reichskanalamt
Deutsche Seewarte
Reichskommissar für Seeschiffsvermessung, Seezeichenverwaltung
Seeschiffsverkehrsbehörden und Behörden für die Untersuchung von Seeschiffen
Flughafenfunkstellen der Länder

¹⁾ Von einer besonderen Erhebung für den 31. März 1927 wurde mit Rücksicht auf die vorliegende Drucksache abgesehen.

Zu VI 2 Steuer- und Zollverwaltung:

Reichsfinanzhof
Landesfinanzämter, Finanzämter, Hauptzollämter, Zollämter
Reichsfinanzzeugamt
Liegenschaftsverwaltung der 1. Besatzungszone

Zu VI 4 Finanz- und Schuldenverwaltung:

Rechnungshof
Reichsparkommissar
Reichshauptkasse
Versorgungsdienststellen (anteilig zu 1/20)
Reichsschuldenverwaltung
Reichskommissar für Ablösung der Reichsanleihen alten Besitzes

Zu VII Abwicklung der Kriegsschäden:

Reichsministerium für die besetzten Gebiete
Reichskommissariat und Reichsvermögensverwaltung für die besetzten rheinischen Gebiete
Reichsentschädigungsamt für Kriegsschäden
Reichsausgleichsamt
Reichskommissariat für Reparationslieferungen
Heeresriedenskommission
Gemischte Schiedsgerichtshöfe
Restverwaltung für Reichsaufgaben
Zentralnachweiseamt für Kriegerverluste und Kriegergräber
Versorgungsdienststellen (anteilig zu 19/20)
Reichsversorgungsgericht

Zu Wehrmacht:

Reichswehrministerium
Reichsheer
Reichsmarine

Insgesamt waren am 1. April 1927 bei den Hoheitsverwaltungen des Reichs tätig:

Bezeichnung	Insgesamt (ausschl. Wehrmacht)		Wehrmacht		Zusammen	
	Zahl	in vH	Zahl	in vH	Zahl	in vH
Planmäßige Beamte (einschl. Militärpersonen)	85 328	76,0	118 949	96,4	204 277	86,7
Außerplanmäßige Beamte und Beamtenanwärter	4 297	3,8	485	0,4	4 782	2,0
Angestellte	22 661	20,2	3 894	3,2	26 555	11,3
Beamte und Angestellte zusammen	112 286	100	123 328	100	235 614	100

Innerhalb der Hoheitsverwaltung des Reichs ist die Wehrmacht, die ausschließlich Sache des Reichs ist und 52,3 vH der Beamten und Angestellten des Reichs umfaßt, gesondert zu betrachten.

Von der in Übersicht 1 angegebenen Zahl der Beamten und Angestellten der Wehrmacht entfallen auf

Bezeichnung	Reichsheer Zahl	Reichsmarine Zahl	Wehrmacht insgesamt	
			Zahl	in vH
Militärpersonen (Offiziere, Unteroffiziere, Mannschaften)	99 191	14 914	114 105	92,5
Planmäßige Beamte	3 091	1 753	4 844	3,9
Außerplanmäßige Beamte und Beamtenanwärter	289	196	485	0,4
Angestellte	2 459	1 435	3 894	3,2
Zusammen	105 030	18 298	123 328	100

**Über-
Die Beamten und Angestellten der Hoheits-**

Verwaltungszweig (Behörde)	Zahl der planmäßigen Beamten																	insgesamt (Sp. 1 bis 16)	in vH der Gesamtzahl der Beamten u. Angestellten (Sp. 31)
	in den Besoldungsgruppen																		
	A I	A II	A III	A IV	A V	A VI	A VII	A VIII	A IX	A X	A XI	A XII	A XIII	B 1 und 2	B 3 und 4	B 5 und höher			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16			
I. Allgemeine Verwaltung:																			
1. Oberste Reichsorgane und auswärtige Angelegenheiten	—	1	102	126	45	28	126	166	88	380	177	53	100	34	15	6	1 447	54,8	
2. Reichsministerium des Innern, Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Reichswirtschaftsministerium, Reichsverkehrsministerium und Reichsarbeitsministerium (ohne bei- und nachgeordnete Stellen)	—	6	77	84	43	54	44	69	103	159	81	37	115	1	16	10	899	74,5	
3. Innere Verwaltung ¹⁾ (ohne Polizei)	—	63	70	50	220	189	196	325	110	75	76	135	13	3	—	—	1 525	47,4	
II. Staats- und Rechtssicherheit (außer Wehrmacht):																			
1. Polizei (insbes. Reichswasserschutz)	—	3	332	203	66	38	10	23	5	21	6	2	—	1	—	—	710	88,7	
2. Rechtspflege:																			
a) Reichsjustizministerium	—	2	8	7	2	2	6	3	8	10	4	4	11	—	2	2	71	88,8	
b) Reichsgericht	—	2	14	14	13	7	16	6	2	21	8	4	—	96	1	1	205	86,1	
III. Kunst und Wissenschaft	—	23	19	14	76	36	33	20	6	70	56	24	9	2	—	—	388	66,3	
IV. Wohlfahrtswesen ²⁾	—	29	35	22	15	18	52	80	47	18	49	33	28	4	—	—	430	69,7	
V. Wirtschaft und Verkehr:																			
1. Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie und Handel ³⁾	—	8	7	15	3	2	23	20	8	3	13	23	11	2	—	—	138	57,2	
2. Verkehrswesen ³⁾	3	3	29	26	113	67	40	19	3	13	10	7	1	—	—	—	334	12,7	
VI. Finanz-, Steuer- und Schuldenverwaltung:																			
1. Reichsfinanzministerium	—	4	32	38	13	28	26	37	49	91	43	26	67	—	5	2	461	74,4	
2. Steuer- und Zollverwaltung ...	—	1 206	1 370	2 384	22 447	12 507	11 539	8 967	3 639	2 085	1 149	523	74	65	—	1	67 956	80,9	
3. Reichsbauverwaltung	—	18	62	6	10	7	151	102	47	83	45	22	—	—	—	—	553	67,8	
4. Finanz- und Schuldenverwaltung	—	51	60	64	174	147	224	178	73	174	63	17	26	5	—	1	1 257	40,8	
VII. Abwicklung der Kriegsschäden	—	300	337	164	518	2 037	2 336	1 368	630	421	492	286	59	3	2	1	8 954	78,1	
Insgesamt (ohne Wehrmacht)	3	1 719	2 554	3 217	23 758	15 167	14 822	11 383	4 818	3 624	2 272	1 196	514	216	41	24	85 328	76,0	
Außerdem Wehrmacht ⁴⁾ :																			
a) Reichsheer	36 229	38 028	14 876	4 747	2 197	670	1 999	566	1 509	393	585	266	167	30	16	4	102 282	97,4	
b) Reichsmarine	3 980	6 019	3 170	584	838	293	652	266	357	172	184	61	76	10	4	1	16 667	91,1	
Wehrmacht insgesamt	40 209	44 047	18 046	5 331	3 035	963	2 651	832	1 866	565	769	327	243	40	20	5	118 949	96,4	
Insgesamt (einschl. Wehrmacht)	40 212	45 766	20 600	8 548	26 793	16 130	17 473	12 215	6 684	4 189	3 041	1 523	757	256	61	29	204 277	86,7	

¹⁾ Das Zahlenmaterial ist der Reichstagsdrucksache Nr. 3503 — III. Wahlperiode 1924/27 — entnommen. Dabei ist das Personal der Dienststellen nicht monopolamt für Branntwein und Neckarbauverwaltung zu Lasten der Neckar A.-G. — ²⁾ Ohne Ministerium. — ³⁾ Einschl. der im Bereich des Reichswehr (Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften) sind als planmäßige Beamte aufgeführt. Die Zahlenangaben für diese sind dem Reichshaushaltsplan für

Durch die Neuregelung des Militärwesens gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages sind die Militärpersonen Beamte des Reichs geworden, jedoch nicht Beamte im Sinne des Reichsbeamtengesetzes. Nach den Bestimmungen des Wehrgesetzes vom 23. März 1921 ist ihre Dienstzeit im allgemeinen auf 12 Jahre begrenzt.

Von den Militärpersonen waren eingestuft in:

Besoldungsgruppe		Zahl	in vH
A I bis A III	101 849	89,2
A IV bis A VI	7 828	6,9
A VII bis A IX	3 093	2,7
A X und höher	1 335	1,2
		114 105	100

Von den Militärpersonen wurden besoldet (vgl. RGBl. 1921, S. 310)

nach Gruppe A I bis A III: Mannschaften, Gefreite und Obergefreite, Unteroffiziere, Unterfeldwebel, Maate, Obermaate

A IV bis A VI: Feldwebel, Oberfeldwebel, Leutnante u. a.

A VII bis A IX: Oberleutnante, Hauptleute und Kapitanleutnante während der ersten 2 Dienstjahre als solche u. a.

A X bis A XIII: Hauptleute und Kapitanleutnante mit mehr als 2 Dienstjahren, Majore, Oberleutnante, Oberste, Korvetten- und Fregattenkapitäne, Kapitäne zur See

Einzelgehälter erhielten: Generalmajore, Generalleutnante, Generale, Kontor- und Vizeadmiraale, Admirale, Chefs der Heeres- und der Marineleitung

Wird von der Wehrmacht abgesehen, so betrug die Zahl der Beamten und Angestellten der Hoheitsverwaltungen des Reichs 112 286. Der größte Teil dieser Beamten und Angestellten war in Verwaltungszweigen tätig, in denen ein reichseigener Behördenunterbau besteht, insbesondere in der Steuer- und Zollverwaltung.

Nachdem schon das Gesetz über die Reichsfinanzverwaltung vom 10. September 1919 die Verwaltung aller Reichssteuern den Reichsfinanzbehörden zugewiesen hatte, brachte die Reichsabgabenordnung vom 13. Dezember 1919 die Bestimmung, daß auf Antrag einer Landesregierung die Verwaltung von Landesabgaben und Landesvermögen den Landesfinanzämtern und Finanzämtern zu übertragen sei. Von diesem Recht haben die Länder in der Mehrzahl Gebrauch gemacht und zum Teil die Verwaltung, zum Teil die Verwaltung und Erhebung einzelner oder mehrerer Steuern den Finanzämtern übertragen lassen¹⁾.

Neben der Steuer- und Zollverwaltung besitzt das Reich für die Vertretungen im Auslande, für die Bauverwaltung, für das Versorgungswesen (Versorgungsdienststellen) und für die Liegenschafts- und Vermögensverwaltung in den besetzten Gebieten einen eigenen Behördenunterbau. Für

¹⁾ Vgl. »Verfassungsausschuß der Länderkonferenz, Beratungsunterlagen 1928«, Berlin 1929, S. 265, Übersicht über »Die von den Finanzämtern verwalteten Landes- und Gemeindeaufgaben«.

sicht 1.

verwaltungen des Reichs am 1. April 1927¹⁾.

Zahl der außerplanmäßigen Beamten und Beamtenanwärter					Zahl der Angestellten für dauernde Verwaltungszwecke					Gesamtzahl der Beamten und Angestellten (Sp. 17, 23 und 29)	Anteil der einzelnen Verwaltungszweige an der Gesamtzahl der Beamten und Angestellten einschl. Wehrmacht in vH		Verwaltungszweig (Behörde)		
in den Besoldungsgruppen				insgesamt (Sp. 19 bis 22)	in vH der Gesamtzahl der Beamten u. Angestellten (Sp. 31)	in den Vergütungsgruppen					insgesamt (Sp. 25 bis 28)	in vH der Gesamtzahl der Beamten u. Angestellten (Sp. 31)			
A I bis A III	A IV bis A VI	A VII bis A IX	A X und höher			A I bis A III	A IV bis A VI	A VII bis A IX	A X und höher						
19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32		
20	4	15	89	128	4,9	14	271	66	712	1 063	40,3	2 638	1,1	2,4	I. Allgemeine Verwaltung:
—	3	—	—	3	0,2	5	244	25	31	305	25,3	1 207	0,5	1,1	1. Oberste Reichsorgane und auswärtige Angelegenheiten
7	28	62	58	155	4,8	96	1 274	104	61	1 535	47,8	3 215	1,4	2,9	2. Reichsministerium des Innern, Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Reichswirtschaftsministerium, Reichsverkehrsministerium und Reichsarbeitsministerium (ohne bei- und nachgeordnete Stellen)
72	5	2	—	79	9,9	—	8	1	2	11	1,4	800	0,3	0,6	3. Innere Verwaltung ^{a)} (ohne Polizei)
—	—	—	—	—	—	1	7	—	1	9	11,2	80	0,0	0,1	II. Staats- und Rechtssicherheit (außer Wehrmacht):
—	—	—	—	—	—	—	31	2	—	33	13,9	238	0,1	0,2	1. Polizei (insbes. Reichswasserschutz)
2	20	7	23	52	8,9	8	83	17	37	145	24,8	585	0,3	0,5	2. Rechtspflege:
—	3	12	2	17	2,8	4	145	6	15	170	27,5	617	0,3	0,5	a) Reichsjustizministerium
2	3	4	2	11	4,6	51	30	—	11	92	38,2	241	0,1	0,2	b) Reichsgericht
2	—	6	3	11	0,4	138	1 347	455	343	2 283	86,9	2 628	1,1	2,3	III. Kunst und Wissenschaft
—	2	—	—	2	0,3	1	133	5	18	157	25,3	620	0,3	0,6	IV. Wohlfahrtswesen ^{a)}
1	168	3 583	61	3 813	4,5	3 198	7 310	64	1 721	12 293	14,6	84 062	35,7	75,0	V. Wirtschaft und Verkehr:
—	—	—	3	3	0,4	30	86	137	6	259	31,8	815	0,3	0,7	1. Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie und Handel ^{a)}
—	—	—	—	—	—	116	1 568	94	43	1 821	59,2	3 078	1,3	2,7	2. Verkehrswesen ^{a)}
—	19	—	4	23	0,2	141	1 707	353	284	2 485	21,7	11 462	4,9	10,2	VI. Finanz-, Steuer- und Schuldenverwaltung:
106	255	3 691	245	4 297	3,8	3 803	14 244	1 329	3 285	22 661	20,2	112 286	47,7	100	1. Reichsfinanzministerium
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2. Steuer- und Zollverwaltung
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3. Reichsbauverwaltung
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4. Finanz- und Schuldenverwaltung
—	19	—	4	23	0,2	141	1 707	353	284	2 485	21,7	11 462	4,9	10,2	VII. Abwicklung der Kriegsschäden
106	255	3 691	245	4 297	3,8	3 803	14 244	1 329	3 285	22 661	20,2	112 286	47,7	100	Insgesamt (ohne Wehrmacht)
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Außerdem
—	125	157	7	289	0,3	528	1 638	225	68	2 459	2,3	105 030	44,6	—	Wehrmacht ^{a)} :
2	143	42	9	196	1,1	59	1 014	284	78	1 435	7,8	18 298	7,7	—	a) Reichsheer
2	268	199	16	485	0,4	587	2 652	509	146	3 894	3,2	123 328	52,3	—	b) Reichsmarine
108	523	3 890	261	4 782	2,0	4 390	16 896	1 838	3 431	26 555	11,3	235 614	100	—	Wehrmacht insgesamt
															Insgesamt (einschl. Wehrmacht)

mitgezählt worden, die nach den Grundsätzen der Reichsfinanzstatistik zu den Betrieben rechnen (Reichspost, Reichsdruckerei, Gesetzessammlungsamt, Reichsministeriums beschäftigten 4844 planmäßigen Beamten, 485 außerplanmäßigen Beamten und Beamtenanwärter und 3894 Angestellten. Die Militärpersonen 1927 entnommen.

andere für die öffentliche Verwaltung wichtige Aufgaben-gebiete hat das Reich nur zentrale Behörden.

Die Besoldungsgruppierung innerhalb der einzelnen Verwaltungszweige hängt wesentlich davon ab, ob ein reichseigener Behördenunterbau vorhanden ist oder nicht. Im ersten Fall wird eine verhältnismäßig größere Zahl von Beamten und Angestellten in mittleren und unteren Besoldungsgruppen beschäftigt sein.

In der Steuer- und Zollverwaltung, die drei Viertel der Gesamtzahl der Beamten und Angestellten umfaßt, und deren Besoldungsgruppierung das Gesamtergebnis daher stark beeinflußt, waren eingestuft in:

Besoldungs- (Vergütungs-) gruppe	A I bis A III	Zahl	in vH
A I bis A III	5 775	6,8
A IV bis A VI	44 816	53,3
A VII bis A IX	27 792	33,1
A X und höher	5 679	6,8
Zusammen		84 062	100

Die folgende Übersicht zeigt die Verteilung auf planmäßige und außerplanmäßige Beamte (einschl. Beamtenanwärter) und Angestellte innerhalb der Steuer- und Zollverwaltung.

Es waren tätig:

	Zahl	in vH
Planmäßige Beamte	67 956	80,9
Außerplanmäßige Beamte und Beamtenanwärter	3 813	4,5
Angestellte	12 293	14,6
Beamte und Angestellte zusammen	84 062	100

In der Steuer- und Zollverwaltung wurden somit verhältnismäßig wenig Angestellte beschäftigt. Die Besoldungsgruppierung zeigt ein Überwiegen der mittleren Besoldungsgruppen; über die Hälfte der planmäßigen Beamten war in A IV bis A VI, etwa ein Drittel in A VII bis A IX eingruppiert. Infolge des anteilmäßigen Übergewichts des Personalstandes der Steuer- und Zollverwaltung gegenüber den anderen Verwaltungszweigen (ausschl. Wehrmacht) ergeben sich für den Gesamtpersonalstand (ohne Wehrmacht) hinsichtlich der Verteilung nach Besoldungsgruppen und nach dem Anstellungsverhältnis Anteilsätze, die sich den Verhältniszahlen für die Steuer- und Zollverwaltung stark nähern. Der verhältnismäßig große Anteil der Angestellten in anderen Verwaltungszweigen (bis 87 vH) und der verhältnismäßig hohe Hundertsatz der nach A X und höher besoldeten Beamten bei den Behörden der obersten Staatsorgane und der auswärtigen Angelegenheiten (34 vH), der Reichsjustizbehörden (52 vH) tritt im Gesamtergebnis kaum hervor.

Die Zahl der Beamten und Angestellten insgesamt ausschließlich Wehrmacht gliederte sich nach Besoldungsgruppen wie folgt:

Besoldungs- (Vergütungs-) gruppen	Zahl der planmäßigen Beamten	Zahl der außerplanm. Beamten u. Beamtenanw.	Zahl der Angestellten	Zahl der Beamten u. Angestellten zusammen
A I—A III	4 276	106	3 803	8 185
A IV—A VI	42 142	255	14 244	56 641
A VII—A IX	31 023	3 691	1 329	36 043
A X—A XIII	7 606	245	3 285	11 136
Einzelgehälter	281	—	—	281
Insgesamt	85 328	4 297	22 661	112 286
in vH				
A I—A III	5,0	2,5	16,8	7,3
A IV—A VI	49,4	5,9	62,8	50,4
A VII—A IX	36,4	85,9	5,9	32,1
A X—A XIII	8,9	5,7	14,5	9,9
Einzelgehälter	0,3	—	—	0,3
Insgesamt	100	100	100	100

Von den planmäßigen Beamten (ausschl. Militärpersonen) wurden besoldet:¹⁾

¹⁾ Vgl. Reichsbesoldungsgesetz vom 30. IV. 1920 (in der Fassung des Gesetzes vom 17. XII. 1920).

Nach Gruppe A I bis A III

- Gruppe A I: Fährschiffer, Wachtschiffer, Wächter u. a.
- A II: Amtsgehilfen, Pförtner, Heizer, Hauswarte, Zoll- und Steuerwachmeister, u. a.
- A III: Ministerialamtsgehilfen, Botenmeister, Zoll- und Steueroberwachmeister u. a.

Nach Gruppe A IV bis A VI

- Gruppe A IV: Ministerial-Amtsobergehilfen, Zoll- und Steuerbetriebsassistenten, Kanzleiasistenten u. a.
- A V: Zoll- und Steuerassistenten, Ministerialkanzleiasistenten, Verwaltungs-, Registraturassistenten u. a.
- A VI: Zoll- und Steuersekretäre, Registratoren, Regierungs- und Verwaltungsekretäre, Kanzleisekretäre u. a.

Nach Gruppe A VII bis A IX

- Gruppe A VII: Oberzollsekretäre, Obersteuersekretäre, Oberregierungssekretäre, Oberverwaltungssekretäre, Ministerialkanzleiobersekretäre, Registraturvorsteher u. a.
- A VIII: Zoll- und Steuerinspektoren, Regierungs-, Verwaltungsinspektoren u. a.
- A IX: Oberinspektoren (Zoll- und Steuer- u. a.), Bürovorsteher, Ministerialoberregistratoren u. a.

Nach Gruppe A X bis A XIII

- Gruppe A X: Zoll- und Steueramtänner, Zollräte, Steuerräte, Regierungsräte, Ministerialamtänner und Ministerialkanzleiodirektoren, Legationssekretäre und Vizekonsuln
- A XI: Regierungsräte in gehobener Stellung, Legationsräte, Gesandtschafteräte und Konsuln II. Klasse, Ministerialamtänner in Stellen von besonderer Bedeutung u. a.
- A XII: Oberregierungsräte, Ministerialbürodirektoren, Konsuln I. Klasse u. a.
- A XIII: Abteilungspräsidenten bei den Landesfinanzämtern, Ministerialräte, Direktoren bei den höheren Reichsbehörden, Vortragende Legationsräte, Geschäftsträger, Generalkonsuln, Gesandtschafteräte I. Klasse u. a.

Einzelgehälter erhielten:

- Gruppe B 1: Reichsfinanzräte, Reichsgerichtsräte, Reichsanwälte u. a.
- B 2: Präsidenten der Landesfinanzämter, Präsidenten der Reichsmittelbehörden, Generalkonsuln und Gesandte I. Klasse u. a.
- B 3: Ministerialdirektoren
- B 4: Botschafter u. a.
- B 5: Staatssekretäre
- B 6: Reichsminister
- B 7: Reichskanzler

Außerplanmäßige Beamte (Diätäre) sind solche Beamte, die nach erlangter Befähigung zur Verwaltung eines Amtes gegen Diäten voll beschäftigt werden, ohne planmäßig angestellt zu sein.

Von den Diätären erhielten:

- | | | |
|---------------------|-----------------|---|
| Zivilanwärter | 70 vH bis 95 vH | des Anfangsgrundgehalts derjenigen Gruppe, in der der Diätär bei regelmäßigem Verlauf seiner Dienstlaufbahn zuerst planmäßig angestellt wird. |
| Versorgungsanwärter | 80 " " 95 " | |

Unter Beamtenanwärtern sind in diesem Zusammenhang Personen zu verstehen, die sich im bestimmungsmäßigen Vorbereitungsdienst für die von ihnen erwählte Laufbahn befinden und Beamteigenschaft besitzen. Obgleich der Vorbereitungsdienst grundsätzlich unentgeltlich abzuleisten ist, werden den Beamtenanwärtern mit Rücksicht auf die gegenwärtigen außerordentlichen wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen auf Antrag widerrufliche Unterhaltszuschüsse gezahlt.

Die Vergütungsgruppen des Reichsangestelltentarifvertrages¹⁾ stimmen mit den Besoldungsgruppen der Reichsbesoldungsordnung annähernd überein.

Es waren eingereiht in:

- | | |
|------------------|--|
| Vergütungsgruppe | III: Angestellte im Büro- und Kanzleidienst mit vorwiegend mechanischer Tätigkeit |
| IV bis VI: | Stenotypistinnen, Fernsprechgehilfen, Angestellte im Büro-, Buchhalterei-, Registratur-, Bücherei-, Kas-sendienst |
| VII bis IX: | Angestellte in verantwortlicher Stellung und mit selbständigen Leistungen; Arbeitsgebiet wie in Gruppe IV bis VI |
| X bis XIII: | Wissenschaftliche und technische Angestellte mit abgeschlossener Hochschulbildung, Gruppen-, Sektions- und Abteilungsleiter bei Ministerien. |

¹⁾ RBB. 1924, Nr. 881, S. 113 und Nr. 882, S. 139.

2. Die Beamten und Angestellten bei den Hoheitsverwaltungen der Länder (ohne Hansestädte).

Bei den verschiedenen Verwaltungszweigen wurden, soweit sie in Übersicht 2 nicht einzeln aufgeführt sind, die nachstehenden Behörden nachgewiesen:

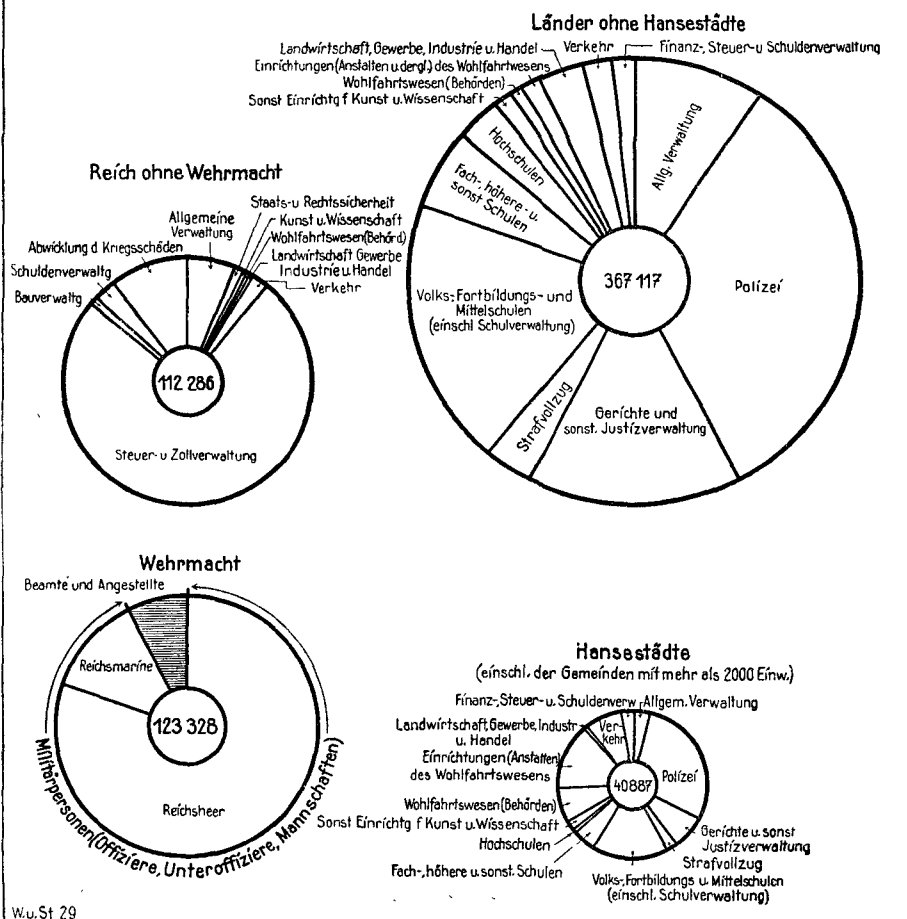
- Zu I 1 Oberste Staatsorgane:
Staatsleitung, Beamte und Angestellte bei der Volksvertretung, Vertretung beim Reich, Vertretung im Reichsrat
- Zu I 3 Allgemeine innere Verwaltung:
Provinzial-, Bezirks- und Kreisbehörden; Verwaltungsgerichte
- Zu I 4 Sonstige innere Verwaltung:
Katasterverwaltung und Landesvermessung, Statistik, Maß-, Gewichts- und Eichwesen, Standesämter, Wetterdienst, Feuerlöschwesen u. a.
- Zu II 2b Gerichte usw.:
darunter Schlichtungswesen, Notariate und Grundbuchämter
- Zu II 3 Strafvollzug:
Gefängnisse, Zuchthäuser
- Zu III 2e Sonstige Schulen:
darunter Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten
- Zu III 3 Kunst und Wissenschaft:
- a) Hochschulen:
Universitäten, Handels-, landwirtschaftliche und tierärztliche Hochschulen, Forstakademien, Universitätskliniken, Technische Hochschulen, Bergakademien, Verwaltungsakademien, philosophisch-theologische Hochschulen, Hochschulen für Musik u. a. einschl. der angeschlossenen Institute
- b) Sonstige Einrichtungen:
Theater- und Konzertunternehmungen, Bibliotheken und Archive, Museen, Kunstausstellungen, Natur- und Kunstdenkmäler, wissenschaftliche Behörden und Institute, soweit nicht den Hochschulen angeschlossen
- Zu IV Wohlfahrtswesen:
Öffentliche Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendwohlfahrtspflege, Arbeitsvermittlung, Erwerbslosenfürsorge, Gesundheitswesen (einschl. Leibesübungen), Wohnungs- und Siedlungswesen
- Zu V Einrichtungen des Wohlfahrtswesens:
darunter Krankenhäuser, Anstalten für Geistes- und Nervenranke (ohne Universitätskliniken)
- Zu VI 1 Landwirtschaft, Handel, Industrie und Gewerbe:
Gestütsverwaltung, landwirtschaftliche Musterwirtschaften und Versuchsanstalten, Landesmeliorationen, Moor-, Deich-, Ufer-, Dünenwesen, landwirtschaftliches Siedlungswesen, Bergbehörden, Gewerbeaufsicht und Arbeiterschutz u. a.
- Zu VI 2 Verkehrswesen:
Behörden für Straßen- und Wegebau und -unterhaltung, Binnenschifffahrt u. -wasserstraßen, Seeschifffahrt und -wasserstraßen
- Zu VII 3 Bauverwaltung:
ausschl. Tiefbau
- Zu VII 4 Finanz- und Schuldenverwaltung:
Allgemeine Finanzverwaltung, darunter Verwaltung des Kapitalvermögens und der Grundstücke sowie Behörden der Rechnungs kontrolle

amten und Angestellten des Staatsministeriums (der Landesregierung) unter »I. Oberste Staatsorgane« nachgewiesen, da die Aufteilung der Zahl der Beamten und Angestellten der Zentralverwaltung auf die im Fragebogen vorgesehenen einzelnen Ministerien nicht immer möglich war. In diesen Ländern sind also z. B. auch die Beamten und Angestellten der Ministerialabteilung für Justiz nicht unter Justizverwaltung, sondern unter »I. Oberste Staatsorgane« aufgeführt.

Aufgabengebiete	Zahl der Beamten und Angestellten	in vH
Allgemeine Verwaltung: Oberste Staatsorgane	1 111	0,3
Allgemeine innere Verwaltung (ausschl. Ministerium des Innern)	19 293	5,2
Sonstige innere Verwaltung (ohne Polizei)	11 338	3,1
Zusammen	31 742	8,6
Staats- und Rechtssicherheit: Justizverwaltung (einschl. Ministerium)	69 688	19,0
Polizei	120 061	32,7
Zusammen	189 749	51,7
Bildungswesen: Ministerien und Schulverwaltungsbehörden	2 454	0,7
Schulen und Hochschulen	101 278	27,6
Sonstiges	5 726	1,5
Zusammen	109 458	29,8
Sonstige Aufgabengebiete	36 168	9,9
Insgesamt	367 117	100

Die wichtigsten Aufgabengebiete der Landesverwaltungen sind Allgemeine Verwaltung, Staats- und Rechts-

Die Beamten und Angestellten der Hoheitsverwaltungen des Reichs und der Länder am 31 März 1927 (Reich: am 1 April 1927)



Soweit Verwaltungsgemeinschaften zwischen den einzelnen Ländern bestehen, wurde der Personalstand der gemeinsamen Dienststellen im allgemeinen bei dem Lande gezählt, in dem die Behörde ihren Sitz hat.

Mit Rücksicht auf die verschiedenartige Gliederung der Zentralbehörden in den einzelnen Ländern konnte eine Aufteilung der in Übersicht 2 unter I 2 aufgeführten Ministerien nicht gegeben werden. Ferner sind in Oldenburg, Anhalt, Lippe, Mecklenburg-Strelitz, Waldeck und Schaumburg-Lippe die Be-

sicherheit und Bildungswesen; bei diesen Zweigen waren rd. neun Zehntel von den 367 117 Beamten und Angestellten der Hoheitsverwaltungen der Länder beschäftigt. Im einzelnen entfielen rd. 10 vH der Beamten und Angestellten auf die Allgemeine Verwaltung, rd. 30 vH auf das Bildungswesen und rd. 50 vH auf die Verwaltungszweige der Staats- und Rechtssicherheit.

Die Besoldung der Landesbeamten ist durch die Landesgesetze im allgemeinen einheitlich geregelt.

Von den planmäßigen Beamten (ohne Lehrpersonen und Polizeibeamte) waren eingestuft in:

- Besoldungsgruppe A I bis A III: Gehilfen, Aufseher, Wärter, Justiz- und Strafanstaltswachmeister, Strafanstaltsaufseher u. a.
- A IV • A VI: Assistenten, Sekretäre, Justiz- und Strafanstaltsob- und -hauptwachmeister, Justiz- und Strafanstaltswachmeister, Strafanstaltsaufseher, Gerichtsvollzieher u. a.
- A VII • A IX: Obersekretäre, Inspektoren, Oberinspektoren, Obergerichtsvollzieher, Strafanstaltsverwalter und -vorsteher u. a.

Besoldungsgruppe A X bis A XIII: Regierungs- und Oberregierungsräte, Justizräte, Direktoren verschiedener Behörden, Ministerialräte, Strafanstaltsdirektoren, Amts- und Landgerichtsräte und -direktoren und -präsidenten, Staatsanwälte und Oberstaatsanwälte.

Einzelgehälter erhielten:

Präsidenten, Ministerialdirektoren, Generalstaatsanwälte, Minister u. a.

Auch in der Einstufung der Schutzpolizeibeamten, die den größten Anteil an der Zahl der im Polizeiwesen Tätigen haben, stimmen die Besoldungsordnungen der Länder im wesentlichen überein. Es waren eingereiht in:

- Besoldungsgruppe A I bis A III: Hilfs- und Unterwachmeister, Wachmeister u. a.
- A IV • A VI: Wachmeister, Oberwachmeister, Hauptwachmeister, Leutnante u. a.
- A VII • A IX: Oberleutnante, Hauptleute in den ersten Dienstjahren u. a.
- A X und höher: Hauptleute (soweit nicht in A IX), Majore, Oberwachmeister, Obersten u. a.

Die Verschiedenheit der Tätigkeit auf den einzelnen Aufgabengebieten bringt Unterschiede in der Verteilung auf

Über- Die Beamten und Angestellten der Hoheitsverwaltungen

Verwaltungszweig (Behörde)	Zahl der planmäßigen Beamten																		ins- gesamt (Sp. 1 bis 16)	in vH der Ge- samtheit der Beamten u. Ange- stellten (Sp. 17)
	in den Besoldungsgruppen																			
	A I	A II	A III	A IV	A V	A VI	A VII	A VIII	A IX	A X	A XI	A XII	A XIII	B 1 und 2	B 3 und 4	B 5 und höher				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16				
I. Allgemeine Verwaltung:																				
1. Oberste Staatsorgane	—	7	102	95	51	51	85	49	49	93	78	43	46	19	28	4	800	72,0		
2. Ministerium des Innern, der Landwirtschaft, des Gewerbes, der Industrie und des Handels, des Verkehrs, der sozialen Maß- nahmen und des Gesundheits- wesens (ohne bei- und nachge- ordnete Stellen) ¹⁾	—	9	123	147	84	186	155	137	140	395	200	149	213	25	36	16	2 015	74,8		
3. Allgemeine innere Verwaltung ²⁾	—	363	931	712	721	1 530	2 452	1 720	922	1 065	705	534	151	59	24	—	11 889	61,6		
4. Sonstige innere Verwaltung (ohne Polizei)	—	98	139	88	200	1 164	950	441	562	896	260	54	6	3	—	—	4 861	42,9		
II. Staats- und Rechtssicherheit:																				
1. Polizei ³⁾	1 091	26 433	8 632	24 880	31 872	11 542	4 907	1 931	1 821	734	653	171	64	6	—	—	114 737	95,6		
2. Rechtspflege:																				
a) Justizministerium	—	3	35	50	35	36	47	40	42	91	42	34	53	6	11	6	531	83,1		
b) Gerichte usw.	—	719	2 840	4 390	4 294	5 729	6 670	4 463	2 074	4 109	4 387	1 916	288	67	25	—	41 971	74,9		
c) Strafvollzug	—	14	348	6 005	2 148	595	320	250	127	165	133	33	6	1	—	—	10 145	77,8		
III. Bildungswesen:																				
1. Ministerium des Unterrichts- wesens, des Kultus, der Kunst und Wissenschaft	—	2	40	42	46	82	73	50	57	101	60	43	71	7	13	5	692	76,4		
2. Schulwesen:																				
a) Schulverwaltung	—	12	16	18	21	21	77	50	106	450	397	197	11	6	—	—	1 382	89,3		
b) Volks-, Fortbildungs- und Mittelschulen ⁴⁾	—	—	1	—	3	620	27 181	19 310	9 231	457	11	2	—	—	—	—	56 816	82,2		
c) Fachschulen	—	16	110	33	31	47	149	186	443	1 071	594	152	3	—	—	—	2 835	67,7		
d) Höhere Schulen	—	73	510	103	15	55	204	1 182	978	5 974	4 310	1 155	—	—	—	—	14 559	90,9		
e) Sonstige Schulen	—	3	24	26	1	17	29	86	216	290	132	45	—	—	—	—	869	69,2		
3. Kunst und Wissenschaft:																				
a) Hochschulen	—	292	665	489	334	287	242	126	126	288	298	612	1 622	117	19	1	5 518	51,6		
b) Sonstige Einrichtungen	1	286	513	568	202	141	495	460	133	292	183	161	105	25	1	1	3 567	63,3		
4. Kirche	—	5	3	4	1	—	3	1	5	13	9	5	4	—	—	—	53	56,3		
IV. Wohlfahrtswesen (Behör- den) ⁵⁾	—	24	60	88	85	71	133	98	62	588	446	105	21	6	—	—	1 787	69,8		
V. Einrichtungen (Anstalten u.dgl.) des Wohlfahrtswesens	3	14	970	1 189	528	124	52	86	71	90	77	51	3	—	—	—	3 258	57,5		
VI. Wirtschaft und Verkehr:																				
1. Landwirtschaft, Gewerbe, In- dustrie und Handel ⁶⁾	2	2 264	344	271	237	728	771	564	565	1 701	812	250	12	20	1	—	8 542	71,8		
2. Verkehr ⁶⁾	685	1 190	1 014	468	771	555	550	310	130	312	223	81	8	2	—	—	6 299	84,8		
VII. Finanz-, Steuer- und Schul- denverwaltung:																				
1. Finanzministerium	—	7	45	51	48	76	76	95	78	145	69	53	97	10	14	6	870	80,7		
2. Steuerverwaltung	—	—	2	6	7	26	23	14	15	15	3	2	—	—	—	—	113	48,9		
3. Bauverwaltung	—	3	16	33	46	169	304	279	98	279	232	90	—	1	—	—	1 550	66,9		
4. Finanz- und Schuldenverwaltung	3	112	172	123	137	165	185	190	219	198	66	33	31	8	7	—	1 649	71,7		
Insgesamt	1 785	31 949	17 655	39 879	41 918	24 017	46 133	32 118	18 270	19 812	14 380	5 971	2 815	388	179	39	297 308	81,0		

¹⁾ Eine Aufteilung der unter I, 2 aufgeführten Ministerien auf die einzelnen Verwaltungszweige konnte mit Rücksicht auf die verschiedenartige Gliederung — ⁴⁾ Außerdem 99 122 planmäßige und 13 050 außerplanmäßige Lehrpersonen sowie 5 Angestellte, die mit Zuschüssen der Länder besoldet werden (vgl. Über-305 Schauspieler an Staatstheatern, deren Vergütungen nicht tariflich geregelt sind.

Besoldungsgruppen und auf planmäßige Beamte, außerplanmäßige Beamte (einschl. Beamtenanwärter) und Angestellte mit sich.

Besoldungs- (Vergütungs-) gruppe	Allgemeine Verwaltung (ohne Ministerien)		Justiz- verwaltung		Polizei		Bildungs- wesen	
	Zahl d. Be- amten u. An- ge- stellten	in vH	Zahl d. Be- amten u. An- ge- stellten	in vH	Zahl d. Be- amten u. An- ge- stellten	in vH	Zahl d. Be- amten u. An- ge- stellten	in vH
A I bis A III	4 086	12,9	7 244	10,4	38 852	32,4	4 176	3,8
A IV „ A VI	14 176	44,7	32 865	47,1	70 481	58,7	6 460	5,9
A VII „ A IX	8 875	27,9	16 360	23,5	9 048	7,5	74 724	68,3
A X u. höher	4 605	14,5	13 219	19,0	1 680	1,4	24 098	22,0
Zusammen	31 742	100	69 688	100	120 061	100	109 458	100

Die zahlenmäßig stärkste Besetzung der untersten Besoldungsgruppen weist das Polizeiwesen auf. Bei der Allgemeinen Verwaltung und der Justizverwaltung verschiebt sich der Schwerpunkt zu den mittleren Gruppen. Durch die Besoldung der Lehrpersonen, die vorwiegend nach den

Gruppen A VII bis A IX erfolgt, erhält die Besoldungsgruppierung auf dem Gebiet des Schul- und Bildungswesens und der Kunst und Wissenschaft ihr besonderes Gepräge. Auf diesem Aufgabengebiet wurden in den Hoheitsverwaltungen der Länder (ausschl. Hansestädte) nur rd. 10 vH der Beamten und Angestellten nach den Gruppen A I bis A VI, 68 vH nach den Gruppen A VII bis A IX besoldet.

Auch die Verteilung auf planmäßige Beamte, außerplanmäßige Beamte (einschl. Beamtenanwärter) und Angestellte ist innerhalb dieser vier Verwaltungszweige verschieden. Es waren beschäftigt bei den Verwaltungszweigen:

Bezeichnung	Allgemeine Verwaltung		Justiz- verwaltung		Polizei		Bildungs- wesen	
	Zahl	in vH	Zahl	in vH	Zahl	in vH	Zahl	in vH
Planmäßige Beamte .	17 550	55,3	52 647	75,6	114 737	95,6	86 291	78,8
Außerplanmäßige Be- amte u. Beamten- anwärter	2 862	9,0	8 523	12,2	4 944	4,1	17 604	16,1
Angestellte	11 330	35,7	8 518	12,2	380	0,3	5 563	5,1
Zusammen	31 742	100	69 688	100	120 061	100	109 458	100

sicht 2.

der Länder insgesamt (ohne Hansestädte) am 31. März 1927.

Zahl der außerplanmäßigen Beamten und Beamtenanwärter					Zahl der Angestellten für dauernde Verwaltungszwecke								Gesamt- zahl der Beamten und Ange- stellten (Sp. 17, 23 u. 29)	Anteil der einzelnen Verwaltungs- zweige an der Gesamtzahl der Beamten und Ange- stellten in vH	Zahl der neben- beruflich oder ehren- amtlich beschäftigten Personen	Verwaltungs- zweig (Behörde)
in den Besoldungsgruppen				ins- gesamt (Sp. 19 bis 22)	in vH der Gesamtzahl der Beamten u Ange- stellten (Sp. 31)	in den Vergütungsgruppen				insge- samt (Sp. 25 bis 28)	in vH der Gesamtzahl der Beamten u Ange- stellten in vH					
A I bis A III	A IV bis A VI	AVII bis A IX	A X und höher			A I bis A III	A IV bis A VI	A VII bis A IX	A X und höher							
19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33		
3	14	35	8	60	5,4	32	189	9	21	251	22,6	1 111	0,3	19	I. Allgemeine Verwaltung:	
															1. Oberste Staatsorgane	
															2. Ministerium des Innern, der	
															Landwirtschaft, des Gewerbes,	
															der Industrie und des Handels,	
															des Verkehrs, der sozialen Maß-	
															nahmen und des Gesundheits-	
															wesens (ohne bei- und nachge-	
															ordnete Stellen ¹⁾)	
															3. Allgemeine innere Verwaltung ²⁾)	
															4. Sonstige innere Verwaltung	
															(ohne Polizei)	
2 526	1 988	380	50	4 944	4,1	170	199	9	2	380	0,3	120 061	32,7	123	II. Staats- und Rechtssicherheit:	
															1. Polizei ³⁾)	
															2. Rechtspflege:	
															a) Justizministerium	
															b) Gerichte usw.	
															c) Strafvollzug	
11	9	23	33	76	11,9	8	23	1	—	32	5,0	639	0,2	—	III. Bildungswesen:	
808	2 021	2 260	1 687	6 776	12,1	1 537	5 596	22	107	7 262	13,0	56 009	15,3	57	1. Ministerium des Unterrichts-	
91	1 555	13	12	1 671	12,8	830	379	8	7	1 224	9,4	13 040	3,6	108	wesens, des Kultus, der Kunst	
															und Wissenschaft	
															2. Schulwesen:	
															a) Schulverwaltung	
															b) Volks-, Fortbildungs- und	
															Mittelschulen ⁴⁾)	
															c) Fachschulen	
															d) Höhere Schulen	
															e) Sonstige Schulen	
															3. Kunst und Wissenschaft:	
															a) Hochschulen	
															b) Sonstige Einrichtungen	
															4. Kirche	
9	19	41	16	85	9,4	20	101	3	5	129	14,2	906	0,3	—	IV. Wohlfahrtswesen (Behör-	
															den) ⁵⁾)	
7	5	45	7	64	4,1	31	55	15	1	102	6,6	1 548	0,4	12	V. Einrichtungen (Anstalten u.dgl.)	
															des Wohlfahrtswesens	
2	874	11 060	19	11 955	17,3	1	1	354	—	356	0,5	69 127	18,8	2 604	VI. Wirtschaft und Verkehr:	
3	56	536	492	1 087	26,0	69	85	81	30	265	6,3	4 187	1,1	712	1. Landwirtschaft, Gewerbe, In-	
—	24	289	995	1 308	8,2	25	6	62	56	149	0,9	16 016	4,4	11	dustrie und Handel ¹⁾)	
4	—	298	30	332	26,4	21	22	9	3	55	4,4	1 256	0,3	4	2. Verkehr ²⁾)	
63	87	33	2 352	2 535	23,7	1 086	1 291	92	170	2 639	24,7	10 692	2,9	126	VII. Finanz-, Steuer- und Schul-	
12	47	36	128	223	4,0	237	579	571	454	1 841	32,7	5 631	1,5	45	denverwaltung:	
—	—	—	15	15	15,6	14	1	—	12	27	28,1	95	0,0	3	1. Finanzministerium	
															2. Steuerverwaltung	
13	14	34	69	130	5,1	126	352	76	89	643	25,1	2 560	0,7	116	3. Bauverwaltung	
															4. Finanz- und Schuldenverwaltung	
691	98	54	17	860	15,2	822	599	38	92	1 551	27,3	5 669	1,6	31	Insgesamt	
344	393	315	325	1 377	11,6	428	1 344	107	98	1 977	16,6	11 896	3,2	14		
342	73	59	104	578	7,8	68	347	104	28	547	7,4	7 424	2,0	1		
7	4	38	32	81	7,5	33	83	8	3	127	11,8	1 078	0,3	1		
—	2	6	1	9	3,9	37	68	4	—	109	47,2	231	0,1	3		
16	59	102	157	334	14,4	48	122	254	9	433	18,7	2 317	0,6	1		
55	59	66	8	188	8,2	190	238	30	3	461	20,1	2 298	0,6	15		
5 282	8 110	17 238	7 133	37 763	10,3	8 057	20 661	2 068	1 260	32 046	8,7	367 117	100	4 040		

der Zentralbehörden in den einzelnen Ländern nicht gegeben werden. — *) Ohne Ministerium. — *) Die Angehörigen der Schutzpolizei sind als Beamte aufgeführt. sieht 5). — *) Wirtschaftliche Fürsorge, Jugendwohlfahrt, Gesundheitswesen (einschl. Leibesübungen), Erwerbslosenfürsorge und Wohnungswesen. — *) Dazu

Im Polizeiwesen ist eine sehr geringe Anzahl Angestellter beschäftigt. Die Angehörigen der Schutzpolizei wurden als Beamte, und zwar vorwiegend als planmäßige Beamte, aufgeführt. Allgemeine Verwaltung und Justizverwaltung beschäftigen verhältnismäßig viel Angestellte, insbesondere die Allgemeine Verwaltung. Da Lehrpersonen nur in wenigen Fällen im Angestelltenverhältnis stehen, ist der Anteil der Beamten im Schul- und Bildungswesen ziemlich hoch.

Da die Aufgaben der Landesverwaltungen infolge der Abweichungen in der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der einzelnen Länder und infolge der unterschiedlichen Aufgabenteilung zwischen Land und Gemeinden (Gemeindeverbänden) in jedem Lande verschieden sind, geben die vorstehenden Übersichten nur allgemeine Anhaltspunkte für die Bedeutung einzelner Verwaltungszweige und für die Besoldungsgruppierung ihrer Beamten und Angestellten innerhalb der Landesverwaltungen. Eine Gegenüberstellung der Zahl der Beamten und Angestellten von Land zu Land zeigt die wesentlichen Unterschiede in Umfang und Gliederung des Personalstandes, die sich aus der Verschiedenheit der Aufgaben in jedem Lande ergeben müssen. Erst die Zusammenfassung mit den Ergebnissen der Personalstanderhebung für Gemeinden (Gemeindeverbände) wird von Land zu Land einen Vergleich ermöglichen, der nicht mehr die Abweichungen in der gesetzlichen Regelung der Aufgabenteilung, sondern nur noch die Unterschiede der Sozial- und Wirtschaftsstruktur der einzelnen Länder zu berücksichtigen hat.

Verhältnismäßig gering sind die Verschiedenheiten der gesetzlichen Aufgabenverteilung zwischen Land und Gemeinden (Gemeindeverbänden) innerhalb der Justizverwaltung, die etwa 20 vH der Gesamtzahl der Beamten und Angestellten beschäftigt. Unterschiede in der Abgrenzung gemeindlicher und staatlicher Betätigung sind in den einzelnen Ländern aber auch hier vorhanden. Der Strafvollzug ist ausschließlich Sache der Landesverwaltungen, ebenso die streitige Gerichtsbarkeit mit Ausnahme der gemeindlichen Sühnebehörden (Schiedsmannswesen) sowie der Gemeindegerichte Württembergs und Badens. Die

freiwillige Gerichtsbarkeit wird den Gemeinden zum Teil überlassen; am Grundbuchwesen z. B. sind in einigen Ländern die Gemeindeverwaltungen beteiligt. Die Einrichtung des Notariats ist der Justizverwaltung des Landes vorbehalten; die Notare und ihre Hilfskräfte sind jedoch nur in Baden und in Württemberg (Bezirksnotare) etatmäßige, vom Lande besoldete Beamte und Angestellte; in Bayern werden nur die Notariate mit geringem Geschäftsumfang von einem durch das Land besoldeten Verweser verwaltet. Nur soweit eine derartige Besoldung durch das Land stattfindet, sind die Notare und ihre Hilfskräfte in der Personalstanderhebung berücksichtigt. Am Schlichtungswesen waren die Gemeinden nicht beteiligt, aber der wichtigste Teil der Sondergerichtsbarkeit (Gewerbe-, Kaufmannsgerichte und Vorläufige Arbeitsgerichte) lag im wesentlichen in der Hand der Gemeinden; nur in einigen Fällen bestanden staatliche Gewerbegerichte, z. B. in Preußen für die Städte im Bezirk der Oberlandesgerichte zu Köln und Düsseldorf. Die Kosten des Schlichtungswesens trug das Reich.

Ein Vergleich des Personalstandes der Justizverwaltung von Land zu Land wird auch durch die zahlreichen Gerichtsgemeinschaften erschwert, die zwischen einzelnen Ländern bestehen¹⁾. Für die Gesamtzahl der bei Gerichten und sonstigen Justizbehörden Beschäftigten ist zu berücksichtigen, daß die Gerichte zur Zeit der Personalstanderhebung durch die aus der Aufwertungsgesetzgebung erwachsenen Geschäfte stark in Anspruch genommen waren.

Der Anteil der planmäßigen Beamten an der Gesamtzahl der in der Justizverwaltung tätigen Beamten und Angestellten ist in Bayern am höchsten (91,3 vH); es folgt Baden mit 83,2 vH. In Württemberg ist die Zahl der planmäßigen Beamten verhältnismäßig gering (64,3 vH), aber die Zahl der außerplanmäßigen Beamten so hoch, daß auch hier, ebenso wie in Bayern und Baden, die Zahl der Angestellten

¹⁾ Vgl. Verfassungsausschuß der Länderkonferenz, Beratungsunterlagen 1928. Berlin 1929 S. 70. Übersicht über die zwischen Reich und Ländern sowie unter den Ländern bestehenden Verwaltungsgemeinschaften und sonstigen Gemeinschaftsvereinbarungen.

Über-

Die Beamten und Angestellten der Justiz-

Länder	Zahl der planmäßigen Beamten																	insgesamt (Sp. 1 bis 16)	in vH der Gesamtzahl der Beamten und Ange- stellten (Sp. 17)
	in den Besoldungsgruppen																		
	A I	A II	A III	A IV	A V	A VI	A VII	AVIII	A IX	A X	A XI	A XII	AXIII	B 1 und 2	B 3 und 4	B 5 und höher			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16			
Länder (ohne Hanse- städte)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Preußen	—	478	2 199	6 403	3 607	4 001	3 919	2 736	1 364	2 423	2 598	1 089	169	47	19	1	31 053	75,5	
Bayern	—	106	192	1 710	851	987	1 274	520	120	678	778	347	78	5	7 ^{a)}	1	7 654	91,3	
Sachsen	—	43	391	1 013	1 042	529	735	499	176	445	398	221	41	5	4	1	5 543	68,1	
Württemberg	—	35	65	279	195	150	238	174	275	236	177	73	17	2	2	1	1 919	64,3	
Baden	—	23	98	371	292	196	267	232	100	200	191	92	12	3	2	1	2 080	83,2	
Thüringen	—	13	86	141	162	156	246	167	66	111	116	45	12	3	—	—	1 324	67,6	
Hessen	—	31	82	218	136	125	51	216	47	118	121	43	2	6	2	1	1 199	75,3	
Mecklenburg-Schwerin	—	1	24	89	12	46	101	62	29	49	43	23	7	2	—	—	488	68,5	
Oldenburg ¹⁾	—	3	16	56	57	28	62	34	16	17	29	15	3	1	—	—	337	45,0	
Braunschweig	—	—	18	96	56	65	59	31	22	39	54	20	2	—	—	—	462	62,9	
Anhalt ¹⁾	—	1	31	45	31	55	49	42	11	21	29	8	1	—	—	—	324	80,8	
Lippe ¹⁾	—	—	10	6	21	13	15	9	5	13	8	3	1	—	—	—	104	56,2	
Mecklenburg-Strelitz ¹⁾	—	2	5	12	2	4	10	27	8	11	11	2	1	—	—	—	95	74,2	
Waldeck ¹⁾	—	—	5	—	4	2	7	2	1	2	5	—	—	—	—	—	28	73,7	
Schaumburg-Lippe ¹⁾	—	—	1	6	9	3	4	2	3	2	4	2	1	—	—	—	37	64,9	
Länder (ohne Hansestädte)	—	736	3 223	10 445	6 477	6 360	7 037	4 753	2 243	4 365	4 562	1 983	347	74	36	6	52 647	75,6	
Hansestädte ²⁾	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Hamburg	—	—	3	282	139	356	323	294	95	109	88	3	88	11	1	—	1 792	54,9	
Bremen	—	3	5	100	90	55	60	43	20	25	23	4	12	1	—	—	441	75,4	
Lübeck	—	1	1	33	34	12	19	11	5	8	7	4	3	1	—	—	139	59,4	
Hansestädte	—	4	9	415	263	423	402	348	120	142	118	11	103	13	1	—	2 372	58,1	

¹⁾ Ohne Ministerium. — ²⁾ Einschl. der Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern. — ³⁾ Minister (vgl. hierzu Anmerkung 5 zu Übersicht 8).

[illegible]

Über-
Die Beamten und Angestellten der Polizeiverwaltung¹⁾

Länder	Zahl der planmäßigen Beamten																	insgesamt (Sp. 1 bis 16)	in VII der Ge- samtheit der Beamten und Ange- stellten (Sp. 31)
	in den Besoldungsgruppen																		
	A I	A II	A III	A IV	A V	A VI	A VII	A VIII	A IX	A X	A XI	A XII	A XIII	B 1 und 2	B 3 und 4	B 5 und höher			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16			
Länder (ohne Hanse- städte)																			
Preußen	—	19 699	222	15 354	22 149	7 629	3 259	1 152	1 545	252	482	97	47	3	—	—	71 890	94,2	
Bayern	592	2 549	2 350	4 318	3 000	1 275	706	232	67	169	59	35	4	2	—	—	15 358	99,8	
Sachsen	—	1 414	2 284	1 684	2 353	898	310	263	66	117	33	16	7	—	—	—	9 445	99,1	
Württemberg	180	620	1 213	1 277	1 183	483	171	82	36	73	28	11	1	1	—	—	5 359	94,5	
Baden	200	606	758	881	1 363	725	243	90	37	50	20	3	1	—	—	—	4 977	98,8	
Thüringen	—	336	328	136	290	106	39	9	13	8	6	2	—	—	—	—	1 273	77,6	
Hessen	—	425	753	797	897	252	89	62	43	28	12	4	2	—	—	—	3 364	98,9	
Mecklenburg-Schwerin	—	317	315	163	202	2	16	25	3	19	5	2	—	—	—	—	1 069	99,9	
Oldenburg	1	218	75	81	121	50	26	4	2	7	3	—	1	—	—	—	589	99,0	
Braunschweig	103	106	239	95	172	94	35	11	5	5	3	1	1	—	—	—	870	98,3	
Anhalt	—	103	60	27	65	14	7	—	2	1	2	—	—	—	—	—	281	99,3	
Lippe	—	—	—	24	24	6	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	56	100	
Mecklenburg-Strelitz	15	40	35	41	31	6	4	1	1	4	—	—	—	—	—	—	178	100	
Waldeck	—	—	—	1	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16	100	
Schaumburg-Lippe	—	—	—	1	8	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	100	
Länder (ohne Hansestädte)	1 091	26 433	8 632	24 880	31 872	11 542	4 907	1 931	1 821	734	653	171	64	6	—	—	114 737	95,6	
Hansestädte *)																			
Hamburg	—	1 123	1 961	735	1 832	958	398	283	88	56	34	19	4	1	—	—	7 492	93,6	
Bremen	—	808	662	607	513	183	92	68	36	29	10	7	2	1	—	—	3 018	98,2	
Lübeck	—	87	149	134	126	33	24	4	4	3	4	1	1	—	—	—	570	98,3	
Hansestädte	—	2 018	2 772	1 476	2 471	1 174	514	355	128	88	48	27	7	2	—	—	11 080	95,0	

¹⁾ Die Angehörigen der Schutzpolizei sind als Beamte aufgeführt. — ²⁾ Einschl. der Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern.

gesamt beschäftigt; wie stark aber der Anteil des Schulwesens am Gesamtpersonalstand in den einzelnen Ländern von diesem Durchschnittssatz abweicht, ergibt sich aus Übersicht 6, in der die Zahl der im Schulwesen beschäf-

tigten Personen aus dem Personalstand der Hoheitsverwaltungen der einzelnen Länder ausgegliedert und neben der Zahl der nicht im Schulwesen tätigen Beamten und Angestellten aufgeführt ist. Es zeigt sich, daß der Anteil der

Über-
Die Lehrpersonen, Beamten und Angestellten an den Volks-, Fortbildungs-

Länder	Zahl der planmäßigen Beamten																	insgesamt (Sp. 1 bis 16)	in VII der Ge- samtheit der Beamten u. Ange- stellten (Sp. 31)
	in den Besoldungsgruppen																		
	A I	A II	A III	A IV	A V	A VI	A VII	A VIII	A IX	A X	A XI	A XII	A XIII	B 1 und 2	B 3 und 4	B 5 und höher			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16			
Länder (ohne Hanse- städte)	—	—	—	—	—	—	48 836	36 268	12 069	—	—	—	—	—	—	—	97 173	88,6	
Preußen ¹⁾	—	—	—	—	—	243	9 012	5 540	2 415	87	—	—	—	—	—	—	17 297	82,8	
Bayern	—	—	—	—	—	162	6 347	4 784	2 622	186	—	—	—	—	—	—	14 101	87,9	
Sachsen	—	—	—	—	—	140	2 527	1 768	843	20	—	—	—	—	—	—	5 298	68,0	
Württemberg	—	—	—	—	—	13	2 798	2 151	1 094	23	4	—	—	—	—	—	6 083	76,6	
Baden	—	—	—	—	²⁾ 1	³⁾ 24	2 138	1 676	914	17	2	1	—	—	—	—	4 773	81,6	
Thüringen	—	—	—	—	35	1 867	1 256	664	20	—	—	—	—	—	—	—	3 842	84,1	
Hessen	—	—	—	—	2	1 173	1 020	121	7	—	—	—	—	—	—	—	2 325	100	
Mecklenburg-Schwerin ...	—	—	—	—	—	—	760	592	324	23	3	—	—	—	—	—	1 702	79,8	
Oldenburg ²⁾	—	—	—	—	—	—	533	520	308	52	4	1	—	—	—	—	1 418	87,8	
Braunschweig	—	—	—	—	—	—	428	319	162	38	—	—	—	—	—	—	947	84,3	
Anhalt	—	—	—	—	—	—	190	119	65	3	—	—	—	—	—	—	377	82,0	
Lippe	—	—	—	—	—	1	168	155	22	3	1	—	—	—	—	—	351	89,3	
Mecklenburg-Strelitz	—	—	1	—	—	—	73	55	17	—	—	—	—	—	—	—	145	75,9	
Waldeck ¹⁾	—	—	—	—	—	—	57	24	25	—	—	—	—	—	—	—	106	75,7	
Schaumburg-Lippe ¹⁾	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Länder (ohne Hansestädte) davon	—	—	1	—	3	620	76 907	56 247	21 665	479	14	2	—	—	—	—	155 938	86,0	
Mit Zuschüssen der Län- der ²⁾ besoldet	—	—	—	—	—	—	49 726	36 937	12 434	22	3	—	—	—	—	—	99 122	88,4	
Von den Ländern unmit- telbar besoldet	—	—	1	—	3	620	27 181	19 310	9 231	457	11	2	—	—	—	—	56 816	82,2	
Hansestädte ²⁾																			
Hamburg	—	—	31	133	3	6	1 041	772	1 639	272	2	4	—	—	—	—	3 903	84,0	
Bremen	—	1	49	—	5	—	478	378	303	37	7	1	—	—	—	—	1 259	97,7	
Lübeck	—	—	12	—	1	—	187	207	107	29	—	1	—	—	—	—	544	87,0	
Hansestädte	—	1	92	133	9	6	1 706	1 357	2 049	338	9	6	—	—	—	—	5 706	87,0	

¹⁾ Lehrpersonen, zu deren Besoldung das Land Zuschüsse zu leisten hat. (In den Übersichten 2, 6 und 8 sind diese Lehrpersonen nicht aufgeführt.) — ²⁾ Nur 5 Lehr-
beamten; für die übrigen zahlt das Land Oldenburg Zuschüsse an die Gemeinden. (In den Übersichten 2, 6 und 8 sind die mit einem Zuschuß des Landes
— ³⁾ Vgl. Anmerkung 7 zu Übersicht 8.

sicht 4.
der Länder am 31. März 1927.

Zahl der außerplanmäßigen Beamten und Beamtenanwärter					Zahl der Angestellten für dauernde Verwaltungszwecke							Gesamtzahl der Beamten und Ange- stellten (Sp. 17, 23 und 29)	Länder
in den Besoldungsgruppen				ins- gesamt (Sp. 19 bis 22)	in vH der Ge- samtzahl der Beamten und Ange- stellten (Sp. 31)	in den Vergütungsgruppen				ins- gesamt (Sp. 25 bis 28)	in vH der Ge- samtzahl der Beamten und Ange- stellten (Sp. 31)		
A I bis A III	A IV bis A VI	A VII bis A IX	A X und höher			A I bis A III	A IV bis A VI	A VII bis A IX	A X und höher				
19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	
2 035	1 926	359	42	4 362	5,7	15	22	1	—	38	0,1	76 290	Länder (ohne Hanse- städte)
6	12	—	—	18	0,1	—	13	6	—	19	0,1	15 395	Preußen
13	35	3	4	55	0,6	—	32	—	2	34	0,3	9 534	Bayern
145	5	9	1	160	2,8	72	80	—	—	152	2,7	5 671	Sachsen
—	9	8	2	19	0,4	17	22	—	—	39	0,8	5 035	Württemberg
327	—	—	—	327	19,9	19	22	—	—	41	2,5	1 641	Baden
—	—	—	—	—	—	31	3	2	—	36	1,1	3 400	Thüringen
—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	0,1	1 070	Hessen
—	1	1	—	2	0,3	1	3	—	—	4	0,7	595	Mecklenburg-Schwerin
—	—	—	1	1	0,1	14	—	—	—	14	1,6	885	Oldenburg
—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	2	0,7	283	Braunschweig
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	283	Anhalt
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	56	Lippe
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	178	Mecklenburg-Strelitz
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16	Waldeck
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	Schaumburg-Lippe
2 526	1 988	380	50	4 944	4,1	170	199	9	2	380	0,3	120 061	Länder (ohne Hansestädte)
—	32	—	—	32	0,4	73	370	30	6	479	6,0	8 003	Hansestädte*)
—	4	3	—	7	0,2	4	45	1	—	50	1,6	3 075	Hamburg
—	1	—	—	1	0,2	2	18	1	—	21	3,5	592	Bremen
—	37	3	—	40	0,3	79	433	32	6	550	4,7	11 670	Lübeck
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Hansestädte

im Schulwesen tätigen Lehrpersonen, Beamten und Angestellten in den meisten Ländern 40 vH bis 50 vH der Gesamtzahl der Beamten und Angestellten beträgt und daß in diesen Ländern die Zahl der auf dem Gebiete der Staats-

und Rechtssicherheit Tätigen hinter der Zahl der im Schulwesen Beschäftigten zurückbleibt. Nur in Preußen, Oldenburg, Waldeck und Schaumburg-Lippe ist der Anteil des Schulwesens am Gesamtpersonalstand gering (Preußen

sicht 5.
und Mittelschulen der Länder am 31. März 1927.

Zahl der außerplanmäßigen Beamten und Beamtenanwärter					Zahl der Angestellten für dauernde Verwaltungszwecke							Gesamtzahl der Beamten und Angestellten (Sp. 17, 23 und 29)	Länder
in den Besoldungsgruppen				ins- gesamt (Sp. 19 bis 22)	in vH der Ge- samtzahl der Beamten u. Ange- stellten (Sp. 31)	in den Vergütungsgruppen				ins- gesamt (Sp. 25 bis 28)	in vH der Ge- samtzahl der Beamten u. Ange- stellten (Sp. 31)		
A I bis A III	A IV bis A VI	A VII bis A IX	A X und höher			A I bis A III	A IV bis A VI	A VII bis A IX	A X und höher				
19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	
—	—	12 554	—	12 554	11,4	—	—	—	—	—	—	109 727	Länder (ohne Hanse- städte)
—	50	3 541	1	3 592	17,2	—	—	—	—	—	—	20 889	Preußen ¹⁾
—	303	1 646	—	1 949	12,1	—	—	—	—	—	—	16 050	Bayern
—	306	2 185	2	2 493	32,0	1	—	—	—	1	0,0	7 792	Sachsen
—	—	1 600	14	1 614	20,0	—	—	354	—	354	4,4	8 051	Württemberg
1	34	1 042	2	1 079	18,4	—	—	—	—	—	—	5 852	Baden
—	181	546	—	727	15,9	—	—	—	—	—	—	5 851	Thüringen
1	—	—	—	1	0,0	—	1	—	—	1	0,0	4 569	Hessen
—	—	422	3	425	19,9	—	—	5	—	5	0,3	2 327	Mecklenburg-Schwerin
—	—	197	—	197	12,2	—	—	—	—	—	—	2 132	Oldenburg ²⁾
—	—	177	—	177	15,7	—	—	—	—	—	—	1 615	Braunschweig
—	—	83	—	83	18,0	—	—	—	—	—	—	1 124	Anhalt
—	—	42	—	42	10,7	—	—	—	—	—	—	460	Lippe
—	—	46	—	46	24,1	—	—	—	—	—	—	393	Mecklenburg-Strelitz
—	—	29	5	34	24,3	—	—	—	—	—	—	191	Waldeck ¹⁾
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	140	Schaumburg-Lippe ¹⁾
2	874	24 110	27	25 013	13,8	1	1	359	—	361	0,2	181 312	Länder (ohne Hansestädte) davon
—	—	13 050	8	13 058	11,6	—	—	5	—	5	0,0	112 185	Mit Zuschüssen der Län- der ²⁾ besoldet
2	874	11 060	19	11 955	17,3	1	1	354	—	356	0,5	69 127	Von den Ländern unmit- telbar besoldet
—	2	113	—	115	2,5	80	58	464	24	626	13,5	4 644	Hansestädte ⁴⁾
—	—	23	—	23	1,8	3	3	—	—	6	0,5	1 288	Hamburg
—	—	—	—	—	—	18	12	48	3	81	13,0	625	Bremen
—	2	136	—	138	2,1	101	73	512	27	713	10,9	6 557	Lübeck
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Hansestädte

personen (2 planmäßige Beamte in Gr. VIII, je 1 planmäßiger Beamter in Gr. IX und X; 1 außerplanmäßiger Beamter in Gr. VII—IX) sind unmittelbare Landesbesoldeten Lehrpersonen nicht aufgeführt.) — ²⁾ Preußen, Oldenburg, Waldeck, Schaumburg-Lippe. — ⁴⁾ Einschl. der Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern.

Über-
Die Beamten und Angestellten der einzelnen Länder
Stand am

Länder	Zahl der Beamten und Angestellten ausschließlich der im Schulwesen beschäftigten ¹⁾												Zahl der im Schulwesen					
	Zahl der planmäßigen Beamten					Zahl der außerplanmäßigen Beamten					Zahl der Angestellten	insgesamt	in VII der Gesamtzahl der Beamten u. Angestellten (Sp. 30)	Zahl der planmäßigen Beamten				
	in den Besoldungsgruppen				insgesamt	in den Besoldungsgruppen				insgesamt				in den Besoldungsgruppen				insgesamt
	A I bis A III	A IV bis A VI	A VII bis A IX	A X und höher		A I bis A III	A IV bis A VI	A VII bis A IX	A X und höher					A I bis A III	A IV bis A VI	A VII bis A IX	A X und höher	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
Länder (ohne Hansestädte)																		
Preußen *)	27 122	64 701	21 399	15 599	128 821	2 631	5 221	3 201	3 366	14 419	18 160	161 400	96,5	426	45	944	4 185	5 600
Bayern	8 108	14 469	4 806	5 351	32 734	143	582	104	866	1 695	1 464	35 893	59,2	129	344	17 125	3 090	20 688
Sachsen	5 894	9 583	3 416	2 485	21 378	322	257	584	446	1 609	3 191	26 178	59,8	71	260	13 996	1 232	15 559
Württemberg	2 930	3 982	1 611	1 511	10 034	1 309	473	398	351	2 531	1 025	13 590	55,9	15	164	5 675	1 469	7 323
Baden	2 177	5 198	2 029	1 503	10 907	503	363	194	150	1 210	1 279	13 396	64,6	15	41	6 713	1 578	8 347
Thüringen	826	1 427	1 286	794	4 333	341	105	123	79	648	2 023	7 004	49,0	1	35	5 120	801	5 957
Hessen	1 451	2 966	1 142	913	6 472	1	45	180	261	487	1 241	8 200	58,3	47	50	4 028	772	4 897
Mecklenburg-Schwerin	915	654	475	413	2 457	15	4	88	25	132	740	3 329	54,3	1	4	2 435	339	2 779
Oldenburg *)	356	478	317	203	1 354	6	27	44	1	78	806	2 238	90,8	4	1	36	169	210
Braunschweig	510	776	367	304	1 957	2	30	16	21	69	681	2 707	59,5	10	3	1 391	244	1 648
Anhalt	211	282	246	147	886	—	4	54	20	78	164	1 128	45,0	10	2	977	170	1 159
Lippe	16	152	78	59	305	—	45	52	8	105	253	663	56,1	3	—	381	41	425
Mecklenburg-Strelitz	127	111	105	68	411	—	—	12	2	14	106	531	51,5	3	2	366	75	446
Waldeck *)	8	32	23	22	85	—	—	4	—	4	26	115	88,5	1	—	2	12	15
Schaumburg-Lippe *)	1	52	26	18	97	—	—	1	1	2	62	161	85,6	1	—	6	19	26
Länder (ohne Hansestädte)	50 652	104 863	37 326	29 390	222 231	5 273	7 156	5 055	5 597	23 081	31 221	276 533	75,3	737	951	59 195	14 196	75 079
Hansestädte *)																		
Hamburg	3 130	6 271	3 013	1 016	13 430	—	339	6	19	364	9 887	23 681	79,7	33	191	3 631	1 101	4 956
Bremen	1 581	2 753	817	298	5 449	—	28	44	—	72	1 154	6 675	78,3	68	13	1 302	417	1 800
Lübeck	255	632	176	108	1 171	—	11	—	—	11	589	1 771	67,1	19	2	578	156	755
Hansestädte	4 966	9 656	4 006	1 422	20 050	—	378	50	19	447	11 630	32 127	78,6	120	206	5 511	1 674	7 511

¹⁾ Der Personalstand der Schulverwaltungsbehörden und der Hochschulen wurde in den Spalten 1—13 aufgeführt. — ²⁾ Ausschl. der mit Zuschüssen des mehr als 2 000 Einwohnern. — ³⁾ Dazu 185 Angestellte bei den Staatstheatern, deren Vergütungen nicht tariflich geregelt sind. — ⁴⁾ Dazu 120 Angestellte

3,5 vH) und der Anteil der übrigen Verwaltungszweige entsprechend höher.

Die Höhe des Anteils von Schul- und Bildungswesen am Gesamtpersonalstand ist in der Hauptsache davon abhängig, ob die verhältnismäßig hohe Zahl der Lehrpersonen an Volksschulen dem Personalstand des Landes oder dem Personalstand der Gemeinden zugerechnet ist.

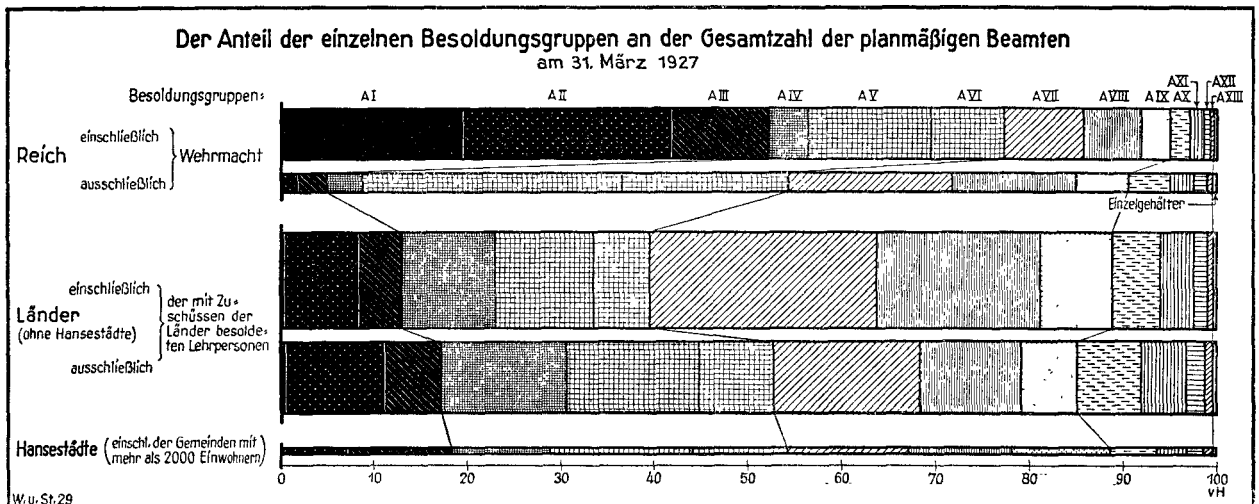
In Preußen, Oldenburg, Waldeck und Schaumburg-Lippe sind die Lehrpersonen an Volks-, Fortbildungs- und Mittelschulen nicht als Landesbeamte nachgewiesen (mit Ausnahme der bei einer Taubstummenanstalt in Oldenburg beschäftigten); die Besoldung der Lehrpersonen an Volksschulen erfolgt in Preußen, Waldeck und Schaumburg-Lippe durch eine zwischengemeindliche Ausgleichskasse (Landesschulkasse) mit Hilfe staatlicher Zuschüsse. In Preußen und Waldeck wurden diese Zuschüsse zu dem Besoldungsaufwand staatsbeitragsberechtigter Lehrstellen, in Schaumburg-Lippe für die Gehälter aller Lehrpersonen an Volks-

schulen geleistet. In Oldenburg gibt das Land an überbürdete Gemeinden und Zweckverbände Zuschüsse zum Besoldungsaufwand für Lehrpersonen an Volksschulen. Die Zahl der mit staatlichen Zuschüssen besoldeten Lehrkräfte an Volksschulen ist für die genannten Länder in Übersicht 5 aufgeführt.

In allen übrigen Ländern werden die Lehrpersonen an Volksschulen vom Lande besoldet und als Landesbeamte nachgewiesen, gleichgültig, ob und in welchem Maße die Gemeinden (Gemeindeverbände) durch Zuschüsse oder Beiträge am Besoldungsaufwand beteiligt sind¹⁾. Lehrpersonen an Mittelschulen und allgemeinen Fortbildungsschulen sind in der Mehrzahl der Fälle bei den Landesbeamten aufgeführt.

Höhere Schulen bestehen in den meisten Ländern als staatliche und gemeindliche Einrichtungen. Das Ausmaß,

¹⁾ Über die Lastenverteilung auf dem Gebiete des Schulwesens vgl. „Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs“ Nr. 6 „Verwaltungsaufbau, Steuer- und Lastenverteilung im Deutschen Reich“, Berlin 1929.



sicht 6.
mit besonderer Ausgliederung des Schulwesens.
31. März 1927.

beschäftigten Lehrpersonen, Beamten und Angestellten ¹⁾								Zahl der Beamten und Angestellten insgesamt				Länder
Zahl der außerplanmäßigen Beamten				Zahl der Ange- stellten	ins gesamt	in vH der Gesamt- zahl der Beamten und An- gestellten (Sp.30)	Zahl der plan- mäßigen Beamten	Zahl der außerplan- mäßigen Beamten	Zahl der An- gestellten	Gesamtzahl der Beamten und Angestellten		
in den Besoldungsgruppen												
A I bis A III	A IV bis A VI	A VII bis A IX	A X und höher								ins- gesamt	
19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
—	—	40	100	140	120	5 860	3,5	134 421	14 559	18 280	167 260	Länder (ohne Hanse- städte)
—	50	3 787	175	4 012	25	24 725	40,8	53 422	5 707	1 489	60 618	Preußen ²⁾
—	306	1 667	52	2 025	34	17 618	40,2	36 937	3 634	3 225	43 796	Bayern
1	364	2 546	463	3 374	44	10 741	44,1	17 357	5 905	1 069	24 331	Sachsen
6	2	1 888	412	2 308	505	11 160	45,4	19 254	3 518	1 784	24 556	Württemberg
1	39	1 164	126	1 330	11	7 298	51,0	10 290	1 978	*) 2 034	14 302	Baden
—	193	569	171	933	42	5 872	41,7	11 369	1 420	1 283	14 072	Thüringen
1	—	—	—	1	19	2 799	45,7	5 236	133	759	6 128	Hessen
—	—	1	3	4	12	226	9,2	1 564	82	818	2 464	Mecklenburg-Schwerin
—	—	197	—	197	1	1 846	40,5	3 605	266	*) 682	4 553	Oldenburg ²⁾
—	—	195	22	217	5	1 381	55,0	2 045	295	169	2 509	Braunschweig
—	—	87	1	88	5	518	43,9	730	193	258	1 181	Anhalt
—	—	42	11	53	1	500	48,5	857	67	107	1 031	Lippe
—	—	—	—	—	—	15	11,5	100	4	26	130	Mecklenburg-Strelitz
—	—	—	—	—	1	27	14,4	123	2	63	188	Waldeck ²⁾
9	954	12 183	1 536	14 682	825	90 586	24,7	297 310	37 763	32 046	367 119	Schaumburg-Lippe ²⁾
—	4	123	50	177	908	6 041	20,3	18 386	541	10 795	29 722	Länder (ohne Hansestädte) ²⁾
—	—	23	2	25	24	1 849	21,7	7 249	97	1 178	8 524	Hamburg
—	—	—	—	—	115	870	32,9	1 926	11	704	2 641	Bremen
—	4	146	52	202	1 047	8 760	21,4	27 561	649	12 677	40 887	Lübeck
												Hansestädte

Landes besoldeten Lehrpersonen, Beamten und Angestellten an Volks-, Fortbildungs- und Mittelschulen (vgl. Übersicht 5). — *) Einschl. der Gemeinden mit beim Landestheater, deren Vergütungen nicht tariflich geregelt sind.

in dem staatliche Anstalten eingerichtet werden, ist verschieden; in Mecklenburg-Schwerin und in Anhalt bestanden am 31. März 1927 nur staatliche höhere Schulen (abgesehen von dem Gymnasium in Ballenstedt). Aus diesen Unterschieden staatlicher und gemeindlicher Betätigung im höheren Schulwesen ergeben sich Unterschiede in der Zahl der an höheren Schulen beschäftigten Landesbeamten.

Die Besoldung der Lehrpersonen an Volks-, Fortbildungs- und Mittelschulen erfolgte zum größten Teil nach den Gruppen A VII bis A IX. Von 155 938 beamteten Lehrpersonen in Planstellen wurden rund 50 vH nach Gruppe A VII, etwa 36 vH nach Gruppe A VIII, rund 14 vH nach Gruppe A IX besoldet. Die beamteten (planmäßigen) Lehrkräfte der höheren Schulen wurden zu rund 40 vH nach Gruppe A X, zu rund 30 vH nach Gruppe A XI bezahlt. Die 5 518 planmäßigen Beamten der Hochschulen sind vorwiegend in den Gruppen A XII und A XIII nachgewiesen¹⁾.

Insgesamt waren in vH der Gesamtzahl der Beamten und Angestellten eingestuft in:

Land	Besoldungs- (Vergütungs-) gruppen					Einzelgehalter
	A I bis A III	A IV bis A VI	A VII bis A IX	A X bis A XIII		
Preußen	20,2	50,2	15,6	13,9	0,1	
Bayern	14,3	26,8	42,9	15,9	0,1	
Sachsen	15,9	28,5	45,4	10,0	0,2	
Württemberg	19,7	21,6	42,6	16,0	0,1	
Baden	12,4	25,6	46,6	15,1	0,3	
Thüringen	12,2	19,4	54,8	13,5	0,1	
Hessen	15,8	26,2	42,5	15,3	0,2	
Mecklenb.-Schwerin	19,7	17,1	50,3	12,7	0,2	
Oldenburg	27,4	37,8	18,1	16,4	0,3	
Braunschweig	22,6	20,6	44,1	12,6	0,1	
Anhalt	10,0	16,9	58,8	14,2	0,1	
Lippe	12,3	26,7	50,9	10,0	0,1	
Mecklenb.-Strelitz	16,4	15,5	52,3	15,4	0,4	
Waldeck	6,9	44,6	22,3	25,4	0,8	
Schaumburg-Lippe	4,3	55,9	19,1	20,2	0,5	
Zusammen	17,6	36,7	31,5	14,0	0,2	

¹⁾ Die Besoldung der Hochschullehrer erfolgte in der Mehrzahl der Länder nicht nach den Bestimmungen der Reichsbesoldungsordnung, sondern auf Grund

Die Besoldungsgruppierung der Beamten und Angestellten der Hoheitsverwaltungen der Länder insgesamt wird in denjenigen Ländern, in denen Lehrpersonen an Volks-, Fortbildungs- und Mittelschulen als Landesbeamte nachgewiesen sind, wesentlich beeinflusst durch die Einbeziehung dieser verhältnismäßig großen Zahl von Lehrkräften. Während in Preußen nur 15,6 vH (Oldenburg 18,1 vH, Waldeck 22,3 vH, Schaumburg-Lippe 19,1 vH) der Gesamtzahl der Beamten und Angestellten nach Gruppe A VII bis A IX eingereiht sind, sind es in den übrigen Ländern 42,5 vH (Hessen) bis 58,8 vH (Anhalt). Bei einem Vergleich der Besoldungsgruppierung, der auch im übrigen nur bedingt möglich ist, müssen daher Preußen, Oldenburg, Waldeck und Schaumburg-Lippe gegenüber den anderen Ländern gesondert betrachtet werden. Neben dem Schulwesen sind es vor allem Justizverwaltung und Polizei, die mit der Gruppierung ihrer Beamten und Angestellten die Gliederung der Gesamtzahl der Beamten und Angestellten nach Besoldungsgruppen in den einzelnen Ländern bestimmen.

Nach Gruppe A I bis A III werden vornehmlich Beamte der Schutzpolizei besoldet; von 51 389 planmäßigen Beamten in Besoldungsgruppe A I bis A III waren 36 156 (rund 70 vH) im Polizeidienst (in Preußen 19 921 von 27 548 Beamten, somit 72 vH, in Bayern 65 vH, in Sachsen 62 vH). Nur in Lippe, Waldeck und Schaumburg-Lippe waren Polizeibeamte nicht in die untersten Gruppen eingestuft; in diesen drei Ländern war eine Schutzpolizei im Sinne des Reichsgesetzes nicht eingeführt und die Angehörigen der Schutzmannschaft und der Ortspolizei des Landes waren nach A IV und höher eingruppiert.

Den Hauptanteil an der Zahl der nach Gruppe A IV bis A VI Besoldeten haben Polizei und Justizverwaltung. In den vier Ländern, in denen Volks-, Fortbildungs- und Mittel-

besonderer Regelung. Die Einordnung in die der Erhebung zugrunde gelegten Gruppen der Reichsbesoldungsordnung konnte daher nicht immer einheitlich durchgeführt werden. Da hierdurch namentlich die Vergleichbarkeit der Zahl der Einzelgehalt empfangenden Beamten zwischen den einzelnen Ländern beeinflusst wird, ist in Übersicht 8 die Zahl der Hochschullehrer, die als Empfänger von Einzelgehalten nachgewiesen wurden, für jedes Land anmerkwensweise besonders aufgeführt.

schullehrer nicht oder nur zum geringsten Teil als Landesbeamte gezählt sind und in denen daher Justiz und Polizei einen verhältnismäßig großen Anteil an der Gesamtzahl der Beamten und Angestellten des Landes haben, sind die Gruppen A IV bis A VI am stärksten besetzt.

10 vH bis 15 vH der Beamten und Angestellten waren nach AX bis AXIII eingruppiert; dabei handelt es sich zu einem großen Teil (über 40 vH) um Lehrpersonen, insbesondere an höheren Schulen, Fachschulen und Hochschulen.

3. Die Beamten und Angestellten bei den Hoheits- und Kammereiverwaltungen der Hansestädte (einschließlich der Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern).

Für die Hansestädte werden hier die Gesamtergebnisse der Personalstanderhebung, die sich auf Land, Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern und Gemeindeverbände erstreckte, wiedergegeben. Infolge dieser Einbeziehung des gemeindlichen Personalstandes können die hier aufgeführten Ergebnisse der Erhebung für die Hansestädte mit den für die Landesverwaltungen der übrigen Länder nachgewiesenen Ergebnissen nicht unmittelbar verglichen werden. Aber auch im übrigen nehmen die Hansestädte den anderen Ländern gegenüber als Stadtstaaten eine Sonderstellung ein. Landesverwaltung und Kommunalverwaltung der Städte liegen zum großen Teil in der Hand derselben Behörden und Personen; die öffentlichen Aufgaben, die Umfang und Gliederung des Personalstandes bestimmen, sind die Aufgaben eines Landes und zugleich einer Groß-

stadt. Die kleineren Gemeinden fallen den Städten gegenüber bei weitem nicht in dem Maße ins Gewicht wie in anderen Ländern. Die Stadt Hamburg umfaßt nach der Zählung vom 16. VI. 1925 94 vH der Bevölkerung des Landes Hamburg, die Stadt Bremen 87 vH der Bevölkerung des Landes Bremen, die Stadt Lübeck 94 vH der Bevölkerung des Landes Lübeck. Infolge dieser Besonderheiten der sozialen und wirtschaftlichen Struktur wird die Zahl der Beamten und Angestellten der Hansestädte und ihre Gliederung nach Verwaltungszweigen und Besoldungsgruppen mit den in anderen Ländern herrschenden Verhältnissen auch dann nicht ohne weiteres vergleichbar sein, wenn für die übrigen Länder das vollständige Ergebnis der Personalstanderhebung für Land und Gemeinden (Gemeindeverbände) insgesamt vorliegt.

Über-

Die Beamten und Angestellten der Hoheits-

Verwaltungszweig (Behörde)	Zahl der planmäßigen Beamten																	insgesamt (Sp. 1 bis 16)	in vH der Gesamtzahl der Beamten u. Angestellten (Sp. 17)
	in den Besoldungsgruppen																		
	A I	A II	A III	A IV	A V	A VI	A VII	AVIII	A IX	A X	A XI	A XII	A XIII	B I und 2	B 3 und 4	B 5 und höher			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16			
I. Allgemeine Verwaltung:																			
1. Oberste Staats- und Verwaltungsorgane.....	—	—	13	21	14	30	41	30	34	22	6	3	13	4	34	16	281	67,4	
2. Allgemeine innere Verwaltung	—	—	3	11	23	28	20	32	10	3	3	7	3	2	1	—	146	57,0	
3. Sonstige innere Verwaltung (ohne Polizei).....	—	—	3	16	26	67	92	80	38	23	12	3	2	—	—	—	362	44,6	
II. Staats- und Rechtssicherheit:																			
1. Polizei*).....	—	2 018	2 772	1 476	2 471	1 174	514	355	128	88	48	27	7	2	—	—	11 080	95,0	
2. Rechtspflege:																			
a) Gerichte usw.....	—	4	9	140	131	328	364	336	99	130	115	8	103	12	1	—	1 780	56,1	
b) Strafvollzug.....	—	—	—	275	132	95	38	12	21	12	3	3	—	1	—	—	592	65,1	
III. Bildungswesen:																			
1. Schulwesen:																			
a) Schulverwaltung.....	—	—	8	6	4	27	24	23	7	8	7	5	10	3	—	—	132	52,6	
b) Volks-, Fortbildungs- und Mittelschulen.....	—	1	92	133	9	6	1 706	1 357	2 049	338	9	6	—	—	—	—	5 706	87,0	
c) Fachschulen.....	—	—	8	5	9	1	14	2	72	92	49	42	9	—	—	—	303	68,9	
d) Höhere Schulen.....	—	—	18	37	5	—	11	126	150	460	407	235	2	—	—	—	1 451	85,3	
e) Sonstige Schulen.....	—	—	1	—	1	—	6	9	9	8	11	4	2	—	—	—	51	83,6	
2. Kunst und Wissenschaft:																			
a) Hochschulen.....	—	—	—	3	6	1	2	4	—	3	6	14	52	—	—	—	91	37,5	
b) Sonstige Einrichtungen.....	—	—	7	23	30	35	31	18	9	19	27	12	14	—	—	—	225	24,0	
3. Kirche.....	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IV. Wohlfahrts-*) und Wohnungswesen (Behörden).....	—	1	11	100	154	197	176	96	48	35	54	40	12	4	—	—	928	31,1	
V. Einrichtungen (Anstalten u.dgl.) des Wohlfahrtswesens und Einrichtungen sonstiger Art	—	—	15	314	882	338	138	126	68	37	38	41	16	—	—	—	2 013	33,7	
VI. Wirtschaft und Verkehr:																			
1. Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie und Handel.....	—	—	1	11	17	17	11	9	5	10	6	10	2	—	—	—	99	68,3	
2. Verkehr.....	—	5	86	292	261	350	277	272	88	46	39	31	12	3	—	—	1 762	53,5	
VII. Finanz-, Steuer- und Schuldenverwaltung:																			
1. Steuerverwaltung.....	—	—	—	1	6	13	8	7	5	2	—	1	—	—	—	—	43	31,1	
2. Bauverwaltung.....	—	—	4	3	10	11	21	72	26	5	17	9	4	3	—	—	185	61,8	
3. Finanz- und Schuldenverwaltung	—	—	6	17	24	45	79	60	52	36	5	5	2	—	—	—	331	68,4	
Insgesamt	—	2 029	3 057	2 884	4 215	2 763	3 573	3 026	2 918	1 377	862	506	265	34	36	16	27 561	67,4	

¹⁾ Einschl. der Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern. — ²⁾ Die Angehörigen der Schutzpolizei sind als Beamte aufgeführt. — ³⁾ Wirtschaftliche Fürsorge.

Aufgabengebiete	Zahl der Beamten u. Angest.	in vH
Allgemeine Verwaltung: Oberste Staats- und Verwaltungsorgane ¹⁾ und auswärtige Angelegenheiten	417	1,0
Allgemeine innere Verwaltung	256	0,6
Sonstige innere Verwaltung (ohne Polizei)	812	2,0
Zusammen	1 485	3,6
Staats- und Rechtssicherheit: Justizverwaltung	4 080	10,0
Polizei	11 670	28,5
Zusammen	15 750	38,5
Bildungswesen: Schulverwaltung	251	0,6
Schulen und Hochschulen	9 003	22,0
Sonstiges	939	2,3
Zusammen	10 193	24,9
Wohlfahrtswesen (Behörden)	2 980	7,3
Einrichtungen (Anstalten) des Wohlfahrtswesens und Einrichtungen verschiedener Art	5 980	14,6
Wirtschaft und Verkehr: Landwirtschaft, Handel, Industrie, Gewerbe	145	0,4
Verkehr	3 292	8,1
Zusammen	3 437	8,5
Finanz-, Steuer- und Schuldenverwaltung ..	1 062	2,6
Insgesamt	40 887	100

¹⁾ Der Senat, dem in den Hansestädten die Aufgaben der Ministerien obliegen, ist in seiner Gesamtheit bei den »Obersten Staatsorganen« nachgewiesen.

Auf den für die Landesverwaltungen wichtigsten Aufgabengebieten: Schul- und Bildungswesen, Justizverwaltung und Polizei sind auch die Gemeinden tätig, das Wohlfahrtswesen aber ist dasjenige Gebiet, das insbesondere gemeindlicher Tätigkeit überlassen ist und das für die Finanzwirtschaft und die Verwaltung von Großstädten besondere Bedeutung hat. Unter der Gesamtzahl der Beamten und Angestellten der Hansestädte sind 7,3 vH in Behörden des Wohlfahrtswesens tätig (in den Landesverwaltungen der übrigen Länder 0,7 vH) und 14,6 vH in Anstalten des Wohlfahrtswesens und in Einrichtungen verschiedener Art. Unter »Einrichtungen verschiedener Art« sind zusammengefaßt: Feuerlöschwesen, Straßenreinigung, Müll- und Düngerabfuhr, Kanalisation, Bestattungswesen und andere.

Von den übrigen Verwaltungszweigen hat das Verkehrswesen in den großen Seehäfen und Überseehandelsplätzen Hamburg und Bremen erhöhte Bedeutung. In Hamburg waren 7,7 vH, in Bremen 10,6 vH der Beamten und Angestellten in Behörden des Verkehrswesens tätig. Für die Besoldungsgruppierung innerhalb der wichtigsten Verwaltungszweige bleibt zu beachten, daß die Mitglieder des Senats nicht auf die einzelnen Verwaltungszweige aufgeteilt werden konnten, sondern bei den »Obersten Staatsorganen« aufgeführt sind.

sicht 7.

verwaltungen der Hansestädte¹⁾ am 31. März 1927.

Zahl der außerplanmäßigen Beamten und Beamtenanwärter					Zahl der Angestellten für dauernde Verwaltungszwecke						Gesamtzahl der Beamten und Angestellten (Sp. 17, 23 und 29)	Anteil der einzelnen Verwaltungszweige an der Gesamtzahl der Beamten und Angestellten in vH	Zahl der nebenberuflich oder ehrenamtlich beschäftigten Personen	Verwaltungszweig (Behörde)	
in den Besoldungsgruppen				insgesamt (Sp. 19 bis 22)	in den Vergütungsgruppen				insgesamt (Sp. 25 bis 28)	in vH der Gesamtzahl der Beamten u. Angestellten (Sp. 31)					
A I bis A III	A IV bis A VI	A VII bis A IX	A X und höher		A I bis A III	A IV bis A VI	A VII bis A IX	A X und höher							
19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	
—	24	2	18	44	10,5	29	59	1	3	92	22,1	417	1,0	5	I. Allgemeine Verwaltung:
—	12	3	—	15	5,9	6	83	6	—	95	37,1	256	0,6	65	1. Oberste Staats- und Verwaltungsorgane
—	16	—	—	16	2,0	9	399	25	1	434	53,4	812	2,0	4	2. Allgemeine innere Verwaltung
—	37	3	—	40	0,3	79	433	32	6	550	4,7	11 670	28,5	7	3. Sonstige innere Verwaltung (ohne Polizei)
—	119	24	—	143	4,5	95	1 148	1	4	1 248	39,4	3 171	7,8	5	II. Staats- und Rechtssicherheit:
—	8	—	—	8	0,9	4	261	37	7	309	34,0	909	2,2	8	1. Polizei*)
—	10	—	—	10	4,0	12	95	2	—	109	43,4	251	0,6	5	2. Rechtspflege:
—	2	136	—	138	2,1	101	73	512	27	713	10,9	6 557	16,0	170	a) Gerichte usw.
—	2	—	2	4	0,9	22	40	33	38	133	30,2	440	1,1	46	b) Strafvollzug
—	—	10	50	60	3,5	7	23	53	108	191	11,2	1 702	4,2	—	III. Bildungswesen:
—	—	—	—	—	—	3	5	2	—	10	16,4	61	0,1	—	1. Schulwesen:
—	4	—	—	4	1,6	12	66	5	65	148	60,9	243	0,6	—	a) Schulverwaltung
—	6	2	—	8	0,8	134	280	200	92	706	75,2	939	2,3	2	b) Volks-, Fortbildungs- und Mittelschulen
—	53	5	—	58	2,0	118	1 587	234	55	1 994	66,9	2 980	7,3	127	c) Fachschulen
—	39	4	1	44	0,7	266	3 357	43	257	3 923	65,6	5 980	14,6	177	d) Höhere Schulen
—	—	—	—	—	—	5	22	13	6	46	31,7	145	0,4	1	e) Sonstige Schulen
—	28	5	—	33	1,0	153	1 123	184	37	1 497	45,5	3 292	8,1	3	2. Kunst und Wissenschaft:
—	3	—	—	3	2,2	8	84	—	—	92	66,7	138	0,3	—	a) Hochschulen
—	3	—	—	3	0,9	22	51	85	11	169	47,3	357	0,9	—	b) Sonstige Einrichtungen
—	16	2	—	18	3,2	24	189	4	1	218	38,4	567	1,4	3	3. Kirche
—	382	196	71	649	1,6	1 109	9 378	1 472	718	12 677	31,0	40 887	100	628	IV. Wohlfahrts-) und Wohnungswesen (Behörden)
															V. Einrichtungen (Anstalten u.dgl.) des Wohlfahrtswesens und Einrichtungen sonstiger Art
															VI. Wirtschaft und Verkehr:
															1. Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie und Handel
															2. Verkehr
															VII. Finanz-, Steuer- und Schuldenverwaltung:
															1. Steuerverwaltung
															2. Bauverwaltung
															3. Finanz- und Schuldenverwaltung
															Insgesamt

Jugendwohlfahrt, Gesundheitswesen (einschl. Leibesübungen), Erwerbslosenfürsorge.

Besoldungs- (Vergütungs-) gruppe	Justiz- verwaltung ¹⁾		Polizei		Bildungs- wesen		Wohlfahrts- wesen (Behörden)		Einrichtungen (An- stalten) d. Wohlfahrts- wesens u. versch. Art		Verkehr	
	Zahl der Beamten und An- gestellt.	in vH	Zahl der Beamten und An- gestellt.	in vH	Zahl der Beamten und An- gestellt.	in vH	Zahl der Beamten und An- gestellt.	in vH	Zahl der Beamten und An- gestellt.	in vH	Zahl der Beamten und An- gestellt.	in vH
A I—A III	112	2,8	4 869	41,7	426	4,2	130	4,3	281	4,7	244	7,4
A IV—A VI	2 637	64,6	5 591	47,9	947	9,3	2 091	70,2	4 930	82,4	2 054	62,4
A VII—A IX	932	22,8	1 032	8,9	6 584	64,6	559	18,8	379	6,4	826	25,1
A X und höher	399	9,8	178	1,5	2 236	21,9	200	6,7	390	6,5	168	5,1
Zusammen	4 080	100	11 670	100	10 193	100	2 980	100	5 980	100	3 292	100

¹⁾ Für einen Vergleich des Personalstandes der Justizverwaltung in Hamburg, Bremen und Lübeck ist zu berücksichtigen, daß die drei Hansestädte ein gemeinsames Oberlandesgericht in Hamburg haben.

Insgesamt waren in vH der Gesamtzahl der Beamten und Angestellten eingruppiert in:

Land	Besoldungs- (Vergütungs-) gruppe				
	A I bis A III	A IV bis A VI	A VII bis A IX	A X bis A XIII	Einzel- gehalt
Hamburg	13,6	50,6	26,5	9,1	0,2
Bremen	20,9	41,7	28,0	9,1	0,3
Lübeck	14,0	39,2	34,8	11,4	0,6
Zusammen	15,1	48,0	27,4	9,3	0,2

Nach den Gruppen A I bis A III werden überwiegend Polizeibeamte besoldet. Da der größere Teil der Beamten und Angestellten in Justizverwaltung und Polizei, im Wohlfahrtswesen, bei den Einrichtungen verschiedener Art und bei den Behörden des Verkehrswesens in die Gruppen A IV bis A VI eingestuft ist, tritt die Zahl der nach diesen Gruppen Besoldeten innerhalb der Gesamtzahl der Beamten und Angestellten besonders hervor (48 vH); der Anteil der nach Gruppe A VII bis A IX eingestuften Beamten und Angestellten ist verhältnismäßig geringer, obwohl in dieser Gruppe die Mehr-

zahl der Lehrpersonen einbegriffen ist.

Die Verteilung auf planmäßige und außerplanmäßige Beamte (einschl. Beamtenanwärter) und Angestellte insgesamt (Angestellte 31 vH) wird durch die hohe Angestelltenzahl bei den Behörden und Einrichtungen des Wohlfahrtswesens und bei Einrichtungen verschiedener Art, außerdem durch den verhältnismäßig großen Anteil der Angestellten in den Behörden des Verkehrswesens beeinflusst.

Bezeichnung	Justiz- verwaltung		Polizei		Bildungs- wesen	
	Zahl	in vH	Zahl	in vH	Zahl	in vH
Planmäßige Beamte	2 372	58,1	11 080	95,0	7 959	78,1
Außerplanmäßige Beamte und Beamtenanwärter	151	3,7	40	0,3	224	2,2
Angestellte	1 557	38,2	550	4,7	2 010	19,7
Zusammen	4 080	100	11 670	100	10 193	100

Bezeichnung	Wohlfahrts- wesen (Behörden)		Einrichtungen (Anstalten) des Wohlfahrtswesens und verschiedener Art		Verkehr	
	Zahl	in vH	Zahl	in vH	Zahl	in vH
Planmäßige Beamte	928	31,1	2 013	33,7	1 762	53,5
Außerplanmäßige Beamte und Beamtenanwärter	58	2,0	44	0,7	33	1,0
Angestellte	1 994	66,9	3 923	65,6	1 497	45,5
Zusammen..	2 980	100	5 980	100	3 292	100

Über- Personalstand der Hoheitsverwaltungen des

Gebietskörperschaft	Zahl der planmäßigen Beamten																	
	in den Besoldungsgruppen																ins- gesamt (Sp. 1 bis 18)	in vH der Ge- samtzahl der Beamten u. Ange- stellten (Sp. 31)
	A I	A II	A III	A IV	A V	A VI	A VII	A VIII	A IX	A X	A XI	A XII	A XIII	B 1 und 2	B 3 und 4	B 5 und höher		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16		
Reich (ohne Wehrmacht)	3	1 719	2 554	5 217	23 758	15 167	14 822	11 383	4 818	3 624	2 272	1 196	514	216	41	24	85 328	76,0
Wehrmacht ²⁾	40 239	44 047	18 046	5 331	3 035	963	2 651	832	1 866	555	769	327	243	40	20	5	118 949	96,4
Länder (ohne Hanse- städte ²⁾)																		
Preußen ³⁾	1	22 976	4 571	23 152	26 786	14 808	10 591	6 745	5 007	8 610	6 576	2 901	1 470	148	71	8	134 421	80,4
Bayern	599	3 864	3 774	6 834	4 676	3 303	12 011	6 941	2 979	3 838	3 005	982	542	41	25	8	53 422	88,1
Sachsen	1	1 702	4 262	3 779	4 049	2 015	8 070	6 039	3 303	1 616	1 187	560	249	58	38	9	36 937	84,3
Württemberg	475	924	1 546	1 751	1 497	898	3 267	2 528	1 491	1 575	887	342	142	18	11	5	17 357	71,3
Baden	514	680	998	1 888	2 132	1 219	3 824	2 946	1 972	1 557	889	447	101	72	9	4	19 252	78,4
Thüringen	—	360	467	350	542	570	2 841	2 261	1 304	767	528	197	84	16	3	—	10 290	72,0
Hessen	—	519	979	1 217	1 228	571	2 257	1 844	1 069	741	568	217	131	15	8	5	11 369	80,8
Mecklenburg-Schwerin	75	421	420	305	237	116	1 396	1 259	255	333	250	125	33	8	3	—	5 236	85,4
Oldenburg ⁴⁾	1	235	124	163	208	108	175	98	80	194	102	54	14	5	3	—	1 564	63,5
Braunschweig	103	106	311	252	295	232	693	632	433	258	181	75	30	1	3	—	3 605	79,2
Anhalt	—	106	115	80	103	101	559	437	227	172	102	32	8	—	3	—	2 045	81,5
Lippe	—	—	19	30	79	43	230	145	84	54	28	14	2	2	—	—	730	61,8
Mecklenburg-Strelitz	16	56	58	60	41	12	197	222	52	63	52	16	8	2	2	—	857	83,1
Waldeck ⁵⁾	—	—	9	4	22	6	10	11	4	19	13	1	—	1	—	—	100	76,9
Schaumburg-Lippe ⁶⁾	—	—	2	14	23	15	12	10	10	15	12	8	1	1	—	—	123	65,4
Länder (ohne Hansestädte)	1 785	31 949	17 655	39 879	41 918	24 017	46 133	32 118	18 270	19 812	14 380	5 971	2 815	388	179	39	297 308	81,0
Hansestädte ⁴⁾																		
Hamburg	—	1 123	2 040	1 516	2 874	2 072	2 404	2 015	2 225	903	603	360	205	21	9	16	18 386	61,9
Bremen	—	817	832	1 096	1 059	611	873	733	513	337	196	108	51	7	16	—	7 249	85,1
Lübeck	—	89	185	272	282	80	296	278	180	137	63	38	9	6	11	—	1 926	72,9
Hansestädte	—	2 029	3 057	2 884	4 215	2 763	3 573	3 026	2 918	1 377	862	506	265	34	36	16	27 561	67,4

¹⁾ Stichtag für das Reich: 1. April 1927. — ²⁾ Einschl. der im Bereich des Reichswehrministeriums beschäftigten Beamten und Angestellten (vgl. Über-
meinden mit mehr als 2 000 Einwohnern. — ³⁾ Minister: Diese sind nicht planmäßige Beamte im technischen Sinne, sondern Beamte besonderen Rechts auf
note 1 auf 8.15 — ⁴⁾ Die Schulhausmeister (9 in A III; 6 in A IV) werden zur Vermeidung von Doppelzählungen beim Personalstand der Gemeinden auf-
deren Vergütungen nicht tariflich geregelt sind.

4. Gesamtüberblick.

Insgesamt waren am 31. März (1. April) bei den Hoheitsverwaltungen des Reichs, der Länder und der Hansestädte tätig:

Bezeichnung	Reich		Länder		Hansestädte	
	Zahl	in vH	Zahl	in vH	Zahl	in vH
Planmäßige Beamte (ausschl. Militärpersonen)	90 172	74,2	297 308	81,0	27 561	67,4
Außerplanmäßige Beamte und Beamtenanwärter	4 782	3,9	37 763	10,3	649	1,6
Angestellte für dauernde Verwaltungszwecke	26 555	21,9	32 046	8,7	12 677	31,0
Beamte und Angestellte zusammen	121 509	100	367 117	100	40 887	100
Militärpersonen	114 105		—		—	
Arbeiter für dauernde Verwaltungszwecke	45 303		36 507		20 109	

¹⁾ Einschl. 4 844 planmäßigen Beamten der Wehrmacht. — ²⁾ Einschl. 485 außerplanmäßigen Beamten der Wehrmacht. — ³⁾ Einschl. 3 894 Angestellten der Wehrmacht. — ⁴⁾ Einschl. der Beamten und Angestellten der Wehrmacht, ausschl. Militärpersonen.

Der überwiegende Teil der bei den Hoheitsverwaltungen beschäftigten Personen sind planmäßige Beamte. Ehrenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit findet sich nur in geringem Maße; die Länder geben 4 040 ehrenamtlich oder nebenberuflich tätige Personen an, die Hansestädte 628. Relativ am höchsten ist die Zahl der ehrenamtlich oder nebenberuflich Tätigen bei den Hoheitsverwaltungen der Länder im Schul- und besonders im Wohlfahrtswesen. Die größte Arbeiterzahl beschäftigt das Reich; von den 45 303 Arbeitern bei der Reichsverwaltung sind rd. 40 vH bei dem Reichswehrministerium einschl. den nachgeordneten Dienststellen und weitere 40 vH in der Reichs-

sicht 8.

Reichs und der einzelnen Länder am 31. März 1927¹⁾.

Zahl der außerplanmäßigen Beamten und Beamtenanwärter					Zahl der Angestellten für dauernde Verwaltungszwecke								Gesamtzahl der Beamten und Angestellten (Sp. 17, 23 u. 29)	Zahl der Arbeiter für dauernde Verwaltungszwecke	Zahl der nebenberuflich oder ehrenamtlich beschäftigten Personen	Gebietskörperschaft
in den Besoldungsgruppen				insgesamt (Sp. 19 bis 22)	in VII der Gesamtzahl der Beamten u. Angestellten (Sp. 31)	in den Vergütungsgruppen				insgesamt (Sp. 25 bis 28)	in VII der Gesamtzahl der Beamten u. Angestellten (Sp. 31)					
A I bis A III	A IV bis A VI	A VII bis A IX	A X und höher			A I bis A III	A IV bis A VI	A VII bis A IX	A X und höher							
19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33		
106	255	3 691	245	4 297	3,8	3 803	14 244	1 329	3 285	22 661	20,2	112 286	27 294	.	Reich (ohne Wehrmacht ¹⁾)	
2	268	199	16	485	0,4	587	2 652	509	146	3 894	3,2	123 328	18 009	—	Wehrmacht ²⁾	
															Länder (ohne Hansestädte)	
2 631	5 221	3 241	3 466	14 559	8,7	3 632	13 907	558	183	18 280	10,9	167 260	12 695	136	Preußen ³⁾	
143	632	3 891	1 041	5 707	9,4	295	802	165	227	1 489	2,5	60 618	7 977	132	Bavern	
322	563	2 251	498	3 634	8,3	678	2 064	197	286	3 225	7,4	43 796	3 962	74	Sachsen	
1 310	837	2 944	814	5 905	24,3	525	280	139	125	1 069	4,4	24 331	1 018	128	Württemberg	
509	365	2 082	562	3 518	14,3	339	693	611	141	1 784	7,3	24 554	988	2 043	Baden	
342	144	1 287	205	1 978	13,8	573	1 162	145	154	2 034	14,2	14 302	2 157	28	Thüringen	
1	238	749	432	1 420	10,1	722	429	65	67	1 283	9,1	14 072	1 377	—	Hessen	
16	4	88	25	133	2,2	274	388	83	14	759	12,4	6 128	3 326	1 185	Mecklenburg-Schwerin	
6	27	45	4	82	3,3	309	426	48	35	818	33,2	2 464	301	62	Oldenburg ⁴⁾	
2	30	213	21	266	5,8	508	130	35	9	682	15,0	4 553	2 409	—	Braunschweig	
—	4	249	42	295	11,8	31	136	2	—	169	6,7	2 509	115	32	Anhalt	
—	45	139	9	193	16,3	126	118	3	11	258	21,9	1 181	—	17	Lippe	
—	—	54	13	67	6,5	39	47	14	7	107	10,4	1 031	122	193	Mecklenburg-Strelitz	
—	—	4	—	4	3,1	—	26	—	—	26	20,0	130	—	—	Waldock ⁵⁾	
—	—	1	1	2	1,1	6	53	3	1	63	33,5	188	60	10	Schaumburg-Lippe ⁶⁾	
5 282	8 110	17 238	7 133	37 763	10,3	8 057	20 661	2 068	1 260	32 046	8,7	367 117	36 507	4 040	Länder (ohne Hansestädte)	
															Hansestädte ⁴⁾	
—	343	129	69	541	1,8	878	8 229	1 111	577	10 795	36,3	29 722	16 748	567	Hamburg	
—	28	67	2	97	1,1	136	759	197	86	1 178	13,8	8 524	2 227	26	Bremen	
—	11	—	—	11	0,4	95	390	164	55	704	26,7	2 641	1 134	35	Lübeck	
—	382	196	71	649	1,6	1 109	9 378	1 472	718	12 677	31,0	40 887	20 109	628	Hansestädte	

sicht 1). — ²⁾ Ausschl. der mit Zuschüssen des Landes besoldeten Lehrpersonen an Volks-, Fortbildungs- und Mittelschulen (vgl. Übersicht 5). — ³⁾ Einschl. Grund der Bayer. Verfassungsurkunde. — ⁴⁾ Darunter Hochschullehrer: in Sachsen 42 in B 1 u. 2; 19 in B 3 u. 4; Baden 67 in B 1 u. 2. Vgl. hierzu Fußgefuhr. — ⁵⁾ Dazu 185 Angestellte bei den Staatstheatern, deren Vergütungen nicht tariflich geregelt sind. — ⁶⁾ Dazu 120 Angestellte beim Landestheater,

wasserstraßenverwaltung tätig. Versorgungsgebühren empfangen am 31. März 1927 (1. April 1927):

Bezeichnung	bei den Hoheitsverwaltungen		
	des Reichs	der Länder	der Hansestädte
Wartgeldempfänger ¹⁾	5 221	11 585	471
Ruhehaltsempfänger ²⁾	17 024	74 839	5 314
Witwen- und Waisengeldempfänger ³⁾	18 502	89 787	5 657

¹⁾ Vgl. Anmerkungen Übersicht 9. — ²⁾ Ausschließlich der Ruheohn empfangenden Arbeiter.

Jeder Beamte kann unter Bewilligung des gesetzlichen Wartgeldes einstweilig in den Ruhestand versetzt werden, wenn das von ihm verwaltete Amt infolge Umbildung seiner Behörde aufhört. Minister und politische Beamte können jederzeit auf Wartgeld gesetzt werden¹⁾. Die Zahl der Wartgeldempfänger war durch den mit der Personalabbauverordnung vom 27. Oktober 1923 eingeleiteten Behördenabbau, der sich gemäß Artikel 18 der Verordnung auch auf Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) erstreckte, außergewöhnlich erhöht worden.

Die Zahl der Ruhegehalt empfangenden Beamten betrug bei den Hoheitsverwaltungen des Reichs 12 728 aus-

¹⁾ Für das Reich vgl. § 24 und § 25 des Reichsbeamtengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. V. 1907, Art. III, IV und V des Gesetzes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik vom 21. VII. 1922 und der Personalabbauverordnung vom 27. X. 1923. Über die Höhe des Wartgeldes vgl. § 26 des Reichsbeamtengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. V. 1907, des Art. 2 der 9. Ergänzung des Besoldungsgesetzes vom 18. VI. 1923, Art. 1 der Personalabbauverordnung vom 27. X. 1923 und Art. 2 des Gesetzes über Einstellung des Personalabbaus und Änderung der Personalabbauverordnung vom 4. VIII. 1925.

Übersicht 9.

Die Empfänger von Versorgungsgeldern beim Reich und bei den Ländern am 31. März 1927.

Gebietskörperschaft	Zahl der Wartegeld empfangenden Beamten			Zahl der Ruhegehaltsempfänger			Ange- stellte	Zahl der Ruhegehalt empfan- genden Arbeiter	Zahl der Witwen- u. Waisen- geld- empfänger
	ausschl. Lehrpersonen	Lehr- personen	zu- sammen	ausschl. Lehrpersonen	Lehr- personen	zu- sammen			
Reich ¹⁾	5 221	—	5 221	17 024	—	17 024	—	—	18 502
Länder (ohne Hanse- städte)									
Preußen	3 525	3 894	7 419	25 901	20 808	46 709	—	—	50 993
Bayern	1 520	25	1 545	5 528	3 298	8 826	1	29	11 369
Sachsen	329	617	946	3 366	2 585	5 951	—	—	9 714
Württemberg	97	64	161	1 428	1 362	2 790	145	—	4 308
Baden	493	255	748	1 940	886	2 826	—	—	3 720
Thüringen	239	276	515	956	988	1 944	—	173	2 740
Hessen	53	37	90	1 117	766	1 883	14	181	1 994
Mecklenburg-Schwerin ..	*)	*)	*)	*) 727	*) 548	*) 1 275	73	—	1 760
Oldenburg	36	33	69	296	259	555	16	14	830
Braunschweig	34	—	34	561	297	858	32	—	1 245
Anhalt	13	15	28	174	282	456	17	4	654
Lippe	1	—	1	74	40	114	10	—	117
Mecklenburg-Strelitz ..	12	1	13	114	89	203	12	11	211
Waldeck	2	4	6	43	45	88	—	—	80
Schaumburg-Lippe	9	1	10	22	19	41	—	—	52
Länder insgesamt (ohne Hansestädte)	6 363	5 222	11 585	42 247	32 272	74 519	320	412	89 787
Hansestädte ²⁾									
Hamburg	309	125	434	2 743	837	3 580	570	2 543	4 493
Bremen	6	4	10	689	229	918	1	135	822
Lübeck	12	15	27	124	107	231	14	220	342
Hansestädte insgesamt	327	144	471	3 556	1 173	4 729	585	2 898	5 657

¹⁾ Die Angaben für das Reich sind dem Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1927 entnommen. — ²⁾ Einschl. 45 Wartegeldempfänger der Wehrmacht, aber ohne 2 018 Wartegeldempfänger der ehemaligen Wehrmacht. — ³⁾ Einschl. 4 296 Ruhegehaltsempfänger der Wehrmacht, aber ohne 40 020 Ruhegehaltsempfänger der ehemaligen Wehrmacht. — ⁴⁾ Ohne 22 022 Witwen- und Waisengeldempfänger der ehemaligen Wehrmacht. — ⁵⁾ Darin 1 429 Übergangsgeldempfänger der Landespolizei. — ⁶⁾ Die Zahl der Wartegeldempfänger ist in der Zahl der Ruhegehaltsempfänger enthalten. — ⁷⁾ Einschl. der Gemeinden mit mehr als 2 000 Einwohnern.

schließlich der Ruhegehaltsempfänger der alten und der neuen Wehrmacht. Die Zahl der planmäßigen Beamten belief sich, ausschließlich Wehrmacht, auf 85 328; die Zahl der Ruhegehaltsempfänger machte also 14,9 vH der aktiven planmäßigen Beamten aus.

Um bei den Ländern die entsprechende Beziehungszahl zwischen aktiven und Ruhegehalt empfangenden Beamten

mäßigen Beamten beträgt. In den Hansestädten betrug der vH-Satz 17,3.

Die Zahl der aktiven und der Ruhegehalt empfangenden Lehrpersonen kann nicht in allen Ländern ohne weiteres gegenübergestellt werden, da unter den Ruhegehalt empfangenden Lehrpersonen nicht diejenigen ausgeschieden sind, zu deren Ruhegehalt das Land nur Zuschüsse leistet.

berechnen zu können, ist zunächst die Zahl der planmäßigen Beamten ausschließlich Lehrpersonen festzustellen. Sie setzt sich zusammen aus der Zahl der nicht im Schulwesen beschäftigten Beamten und der im Schulwesen beschäftigten Beamten, die nicht Lehrpersonen sind. Da Lehrpersonen im allgemeinen nach Gruppe AVII und höher bezahlt werden, kann angenommen werden, daß in der Zahl der nach Gruppe AI bis AVI besoldeten planmäßigen Schulbeamten Lehrpersonen nicht enthalten sind. Werden die planmäßigen Beamten ausschließlich der im Schulwesen beschäftigten und die nach Gruppe AI bis AVI besoldeten planmäßigen Schulbeamten zusammengefaßt und der Zahl der Ruhegehalt empfangenden Beamten ausschließlich Lehrpersonen gegenübergestellt, so zeigt es sich, daß die Zahl der Ruhegehaltsempfänger in den größeren Ländern etwa 15 vH bis 20 vH der Zahl der plan-